

## Waldbewohner: Im Widerstand an allen Fronten

### ■ Die VerbraucherInnen in den Industrieländern wären die einzigen Verbündeten

Nie zuvor gab es soviel Widerstand gegen die fortschreitende Zerstörung der Wälder weltweit, wie in diesem Jahr. Immer mehr organisieren und wehren sich Betroffene gegen diese 'Entwicklung', die oft die totale Zerstörung ihres Lebensraumes und ihrer Kultur bedeutet - meist sind die Leidtragenden Indigene, wie sich die Ureinwohner selbst nennen. Deren Aktionsfreude darf aber nicht ablenken von der realen Ursache dieser Mobilisierung: **multinationale Konzerne und unverantwortlich agierende Regierungen greifen auf der Suche nach Rohstoffen für den globalen Markt nach den letzten intakten Gebieten.**

Waldzerstörung dezimiert die biologische Vielfalt. Erst im September hat der IUCN mit einer umfangreichen Studie dokumentiert, daß 11.000 Arten vom Aussterben bedroht sind. Und der 'Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen' (WBGU) rät angesichts des dramatischen Artenverlusts zur Unterschutzstellung von bis zu 15 Prozent der

globalen Landfläche, um die wichtigsten Funktionen der Ökosysteme zu erhalten (Deutschland kommt auf 2,3% Schutzfläche).

Neue Publikationen zeigen auch: Waldzerstörung geschieht selten aus Armut. Je ärmer Menschen sind, umso mehr hängen sie vom Wald und seinen Produkten ab. Sie nutzen Wild, Früchte, Honig, Wasser und Holz für ihr tägliches Auskommen und schützen den Wald - während der uns bekannte Holzeinschlag für die Exporte all die oben genannten dauerhaften bzw. wenig zerstörerischen Nutzungsformen des Waldes oft verschlechtert oder ganz unmöglich macht.

Verantwortlich für Waldzerstörung sind an schnellen Profiten interessierte Firmen sowie Regierungen, die innerhalb ihrer begrenzten Amtszeit möglichst viel zusammenraffen wollen. Zur Beruhigung der Betroffenen und der besorgten Mahner verbreiten sie seit Jahren das Ammenmärchen der nachhaltigen Waldbewirtschaftung.

Jahrelang konnten sie alle täuschen. Der Kampf der Waldbewohner in all den Ländern spricht eine andere Sprache: *Schaut her, jetzt nehmen sie auch noch unseren Wald um ihn zu plündern! Helft uns und kauft nicht ihre Produkte.* Es liegt also bei den VerbraucherInnen.

*Mitte November wird in Den Haag getagt: Klimagipfel. Die Industrieländer - allen voran die USA - wollen ihre CO<sub>2</sub>-Einsparungen im Ausland durchführen lassen. Kostet weniger. Wenn jetzt noch Baumpflanzprojekte angerechnet werden dürfen, dann haben die in Ecuador, China oder Chile auch was vom Klimaschutz. Nämlich neue Bäume. Ist ja nicht so schlimm, daß die dann da rumstehen, wo gar keine Bäume hingehören oder daß die neuangelegten Monokulturen reine Ök katastrophen sind. Und vor allen Dingen muß in den Industrieländern nicht viel geändert werden. Da kann man Auto fahren wie zuvor oder zum Fenster rausheizen. Die neuen Bäume am anderen Ende der Welt schlucken alles weg. In der Fachsprache wird dies dem Clean Development Mechanism zugerechnet, kurz CDM. Und der ist wegen der genannten Probleme sehr umstritten. Die U'wa-Indianer in Kolumbien sind konsequenter: Die sagen, 'unser Öl bleibt im Boden. Wir wollen nicht, daß der Regenwald zerstört wird und es ist auch das beste für den Klimaschutz'. Anfang Oktober war das Klimaschutzprogramm der Indianer beendet. Unter Militärschutz wurden die Bohrtrups und ihre Maschinen in das Indianergebiet gebracht. Wir wollen auch die U'wa unterstützen - helfen Sie uns dabei.*

Ihr Pro REGENWALD - Team



Eine der typischen Blockaden, wie sie in Sarawak jetzt wieder vermehrt errichtet werden. Selbst wenn sie einfach aussehen, solange die Anwohner dabeistehen, werden die Barrikaden respektiert und die Ureinwohner können den Holzeinschlag für Monate stilllegen.

### ■ Inhalt

- 2 Studie:** Das ist keine Entwicklung, sondern Diebstahl
- 3 Aktion:** Neue Blockaden gegen Holzeinschlag in Sarawak
- 4 Kanada:** Waldschutz ist ein Kampf für alles Existierende
- 5 Mexiko:** Waldschützer im Knast
- 6 Brasilien:** das gleiche Unrecht wie vor 500 Jahren? - Neuer Widerstand
- 8 Aktion Venezuela:** Stoppt den Bau der Stromleitung nach Boa Vista
- 9 Skandal:** WWF verschafft Holzkonzernen eine Schonzeit
- 10 Klimaschutz:** Viel heiße Luft
- 12 Waldpolitik:** Umweltverbände hoffen: Aus Forst werde Wald
- 13 Mitmachen:** 2 x Aktion für mehr Solidarität und Gerechtigkeit
- 14 Kinderseite:** Früchte aus dem Wald und Rätsel
- 15 Gewinnchance:** signiertes Buch von Julia Butterfly Hill
- 15 Interna:** Aus dem Büro
- 15 Impressum**
- 16 Neues Projekt:** YAKINŌ - hier gibt es ein Weihnachtsgeschenk

# Das ist keine Entwicklung, sondern Diebstahl

## ■ Studie: Penan in Sarawak haben keinen Nutzen vom Holzeinschlag

**Die malaysischen Penan-Ureinwohner sind im Brennpunkt der Diskussion um Holzeinschlag im Regenwald. Viele leben auch heute noch ganz oder teilweise nomadisch und ziehen als Jäger und Sammler durch den Regenwald. Umweltverbände werfen den malaysischen Holzfirmen vor, daß sie die Wälder der Penan zerstören. Damit gehe eine Jahrtausende alte Kultur zugrunde. Die Holzkonzerne und die sarawakischen Behörden entgegen, sie würden den Penan Entwicklung und Wohlstand bringen: Schulen, medizinische Versorgung, Industrie- und Konsumgüter.**

Die kürzlich veröffentlichte Studie 'Not Development, but Theft' zeigt, was die Penan erlebt haben und selbst denken. Mitarbeiter der malaysischen Organisation *Ideal* (Institute for Development and Alternative Living) haben die Bewohner von 15 Penan-Dörfern befragt, zuerst 1995 und dann noch einmal 1999.



Die Einheimischen beobachten, wie eine Planierraupe der Firma Ravenscourt (Samling) einen Hang für eine Holztransportstraße zerschneidet und ärgern sich darüber, daß danach durch die Erosion die Flüsse verschmutzen

Die Antworten zeigen: Die Penan lehnen mehrheitlich Holzeinschlag auf ihrem Land ab - obwohl ihnen in vielen Fällen Geld und Geschenke als Entschädigung angeboten worden sind. Mit der Regierung sind sie unzufrieden. Sie fühlen sich von den Sicherheitskräften bedroht und beklagen, die versprochene Entwicklung habe kaum stattgefunden. Beispielsweise habe sich die medizinische Versorgung zwischen 1995 und 1999 nicht verbessert.

Alle befragten Penan-Gemeinschaften betonen, daß sie vom Wald abhängig

sind. Der Penan Juman Giong aus Long Lamai drückte es 1995 so aus: "Der Wald ist für uns wie eine Bank und wie ein Supermarkt. Ein Platz, an dem man Geld und Nahrung bekommt. Darum sind wir gegen Holzeinschlag in unseren Wäldern." Die Penan sammeln in ihren Wäldern zum Beispiel Rattan. Sie verkaufen es oder fertigen daraus Kunsthandwerk. Die Penan sagen auch, der Wald liefere ihnen Wasser und Nahrung, nämlich Wild, Fisch und eßbare Pflanzen. Die befragten Penan bestatten auch ihre Toten im Wald, sammeln dort ihre Medizinpflanzen und legen kleine Felder an.

Die Gemeinschaften fordern daher, daß ihr traditionelles Recht auf ihre Wälder, Flüsse, Wassereinzugsgebiete, Grabstätten und Felder anerkannt wird. Alle befragten Gruppen haben gegen das Vordringen der Holzfirmen protestiert. Sie geben an, daß durch den Holzeinschlag ihre Nahrung knapp wird und daß die Flüsse - Lieferanten von Trinkwasser und Fischen - verschlammten oder austrocknen. Die Autoren der Studie kommentieren: "Der Schutz von Wassereinzugsgebieten ist für eine nachhaltige Entwicklung unentbehrlich. Daß die Holzfirmen diese zerstören, zeigt ihren Mangel an Umweltbewußtsein."

Vor zwei Jahren machte der Smog in Südostasien Schlagzeilen. Waldbrände wüteten so stark, daß weite Gebiete, einschließlich der Großstädte, von dichtem Rauch bedeckt waren. Der Smog hatte erhebliche wirtschaftliche Konsequenzen, beispielsweise blieben manche Flughäfen wochenlang geschlossen. Viele der befragten Penan haben beobachtet, daß sich die Waldbrände in jenen Wäldern besonders stark ausbreiteten, die durch Holzeinschlag bereits gelichtet waren. Die Bewohner von Long Kerong beklagten, die Hälfte ihres Waldes sei von Feuern vernichtet worden und ein weiteres Viertel "von der Holzfirma zerstört."

Die malaysische Regierung behauptet, Holzeinschlag bringe den Penan Wohlstand und Arbeitsplätze. Die Penan dagegen geben an, die Holzfirmen hätten ihre Einkommensquelle, den Wald, beschädigt. Auch mit den versprochenen Entwicklungsprojekten sind die Befrag-

ten unzufrieden. Die Autoren der Studie fassen die Antworten zu diesem Thema zusammen: "Die Regierung behauptet, sie gebe immer mehr Geld für die Penan aus. Aber das Ergebnis dieser Umfrage zeigt: Vor Ort ist wenig davon zu sehen. Wir würden gerne wissen, in welche Taschen die versprochenen Mittel geflossen sind".



Bau einer Blockade

Die Penan sind mit den Behörden nicht nur unzufrieden, sondern beschreiben die Stationierung von Polizeikräften in ihrem Gebiet teilweise sogar als Bedrohung. Mehrere Dörfer haben 1995 angegeben, daß die Polizei sich auch weigere, Fälle von mutmaßlichem Mord und Vergewaltigung zu untersuchen. Der Grund: Die Penan haben Mitarbeiter der Holzfirmen im Verdacht, die Täter zu sein.

Die Penan, so das Fazit der Studie, sehen die Holzfirmen als Bedrohung ihres Lebensraums. Das zeigt sich auch am Wiederaufflammen der Straßenblockaden, mit denen Penan jetzt erneut versuchen Holzfäller aufzuhalten

Die Studie 'Not Development, but Theft - the testimony of Penan communities in Sarawak' konnte erst in einem zweiten Anlauf fertiggestellt werden. Tragischerweise verunglückte bei der ersten Mission Justin, ein Mitarbeiter von Ideal, tödlich. Er ertrank, als ein Boot kenterte.

Die Studie ist mit finanzieller Unterstützung von *Pro REGENWALD* durchgeführt worden. Sie kann in englischer Sprache als pdf-File heruntergeladen werden (ca. 80 Seiten, 760kB).

Waldportal <http://www.wald.org>

# Die Penan blockieren wieder Holzfällerstraßen

## ■ Diesmal könnte ihr Protest erfolgreich sein

*'Als sie ihre Motorsägen starteten, stießen sie einen Kriegsschrei aus. Dann begannen sie, die hölzerne Barrikade zu zersägen', erinnert sich der Augenzeuge Jumam Giong, ein Penan aus dem Dorf Long Lamai. Als sei es erst gestern sieht er die tausend teilweise mit Maschinengewehr und Tränengas ausgerüsteten Polizisten in den tiefen Dschungel vorstossen. Ihr Ziel war eine hölzerne Barrikade, an der an jenem Tag nur rund 50 Penan ausharrten, fast nur Alte und Kinder - der Rest war in die Dörfer zurückgekehrt.*

Außer den Polizisten waren auch Forstbeamte mitgekommen und Arbeiter einer Holzfirma. Nach wenigen Augenblicken - keiner weiß heute mehr, warum überhaupt das Tränengas eingesetzt worden war - war die Barrikade zerstört und der Widerstand der Ureinwohner gebrochen. Die Fälltrupps der Firma Samling konnten wieder in den Wald eindringen, um Merantibäume für den Export zu sägen. Davon gab es viele, im Wald an den Oberläufen des Baram-Flusses. Einem Wald, der seit Jahrhunderten von Penan-Ureinwohnern besiedelt ist. Das spielte sich ab vor 8 Jahren - unter Ausschluß der internationalen Öffentlichkeit, die erst Monate danach von der Aktion erfahren hatte.

Seit zwei Monaten gibt es wieder Blockaden. Zuerst eine im August, für zwei Tage nur. Dann gleich darauf eine zweite nur wenige Stunden Fußmarsch entfernt. Im September nochmals zwei. Und im Oktober sind es schon fünf oder gar sieben. Sie stehen auch immer länger - und die Chancen, endlich etwas zu erreichen, sind gut.

Barrikaden sind das letzte Mittel. Denn eine Blockade über Tage und Wochen zu bewachen und mit dem Nötigsten zum Überleben zu versorgen, übersteigt schnell die Kräfte der einfachen Menschen. Sie müssen verzweifelt sein, daß sie das auf sich nehmen. Die Penan sehen die Zerstörung durch den Holzeinschlag in den Nachbargebieten. Sie haben alles versucht: Petitionen an die Verantwortlichen geschickt, die tagelange beschwerliche Reise in die Distrikthauptstadt oder gar die Landeshauptstadt Kuching auf sich genommen, in der Hoffnung, jemanden sprechen zu können, der sich ihrer Sache annimmt und ihnen hilft. Jahrelang waren die Bemü-

hungen umsonst, ein Anrennen gegen einen Gegner, der sich nicht stellt. Jetzt wissen sie, daß sie in den kommenden Monaten um ihr Recht, ihre Existenz und ihre Zukunft kämpfen müssen.

Sarawakische Politiker - allen voran der Chief Minister Taib Mahmud und seine Familie - haben im Namen von Entwicklung praktisch den gesamten Regenwald des Landes an Holzfirmen vergeben und sich viel Geld in die eigene Tasche stecken lassen. Mit den Einnahmen aus dem Holzexport sollte die Entwicklung des Landes finanziert werden, reich geworden sind allein die Holzkonzerne und die Politikerfamilien. Der Wald wird in wenigen Jahren komplett abgeholzt sein und für unzählige Menschen ist der Lebens- und Wirtschaftsraum dann für immer zerstört.

Für die Penan und die anderen Völker bietet Wald alles, was sie benötigen - intakter Wald wohlgeerntet! Merantibäume sind nach ihrem Verständnis nicht dazu da, deutsche Häuser und Wintergärten mit Fenstern auszustatten. Sie sind langfristig wertvoller als die Handvoll Dollar, die andere mit dem Export der Hölzer verdienen. Die Früchte der Merantibäume sind eine wichtige und dauerhafte Futterquelle für viele Tiere des Waldes, vor allem die Wildschweine. Letztere wiederum sind eine lebenswichtige Eiweißquelle für die Waldbewohner. Die nichtholzwirtschaftlichen Erträge des Waldes lassen sich mit den Erlösen aus dem Holzeinschlag vergleichen. Doch das interessiert nicht, solange kurzfristig mit Holz größere Profite zu erzielen sind.

Ein Umschwung ist bemerkbar: die besonders lukrativen Märkte in Europa und den USA verlangen heute Holz, welches unter Einhaltung ökologischer und sozialer Mindeststandards gewonnen wird. Die malaysische Regierung will sich der Weltöffentlichkeit neuerdings als verantwortungsbewußter Holzproduzent präsentieren. Viele Verbraucher sind kritischer geworden. Repressionen gegen Ureinwohner, gar der Einsatz von Tränengas, machen sich nicht gut, das haben die Verantwortlichen mittlerweile verstanden.

Die malaysischen Behörden verhandeln gerade mit FSC-Vertretern über die

Möglichkeit, sich das begehrte FSC-Zertifikat zu sichern. Eine Voraussetzung dafür wäre u.a. die Anerkennung der Landrechtsansprüche der Ureinwohner. Und die beanspruchen genau die Gebiete, die bisher vom Holzeinschlag verschont sind - mit den dicksten Bäumen.

Um den Dauerkonflikt mit den Waldnomaden zu lösen, hat man eine perfide Strategie erdacht. Nach dem Willen des Chief Ministers sollen die Penan endlich ihre rückständige und armselige Existenz aufgeben und sich in die malaysische Gesellschaft integrieren, d.h. Pässe beantragen und sesshaft werden. Der Grund dafür liegt klar auf der Hand: Hat man die Menschen erst einmal ent-



Blockaden sind die letzte Instanz für die Einheimischen

wurzelt und in Ghettos zusammengepfercht, kann man sich ohne weitere Skrupel der Holzvorräte in ihrem Siedlungsgebiet bedienen.

Die Penan haben ihre jüngsten Barrikaden in der bergigen Apoh/Tutoh-Region errichtet. Bisher wurde Holz vor allem in den Ebenen und dem Hügelland eingeschlagen. Die letzten größeren Regenwälder - und Holzvorräte - befinden sich noch in unwegsamen Berggebieten, dem letzten Rückzugsgebiet der Penan.

Die Verhandlungen werden sich wohl noch hinziehen. Die Positionen liegen sehr weit auseinander: Die Holzfirmen wollen über die Höhe der Entschädigung sprechen, die die Penan für ihr Land erhalten sollen. Die Ureinwohner dagegen wollen überhaupt keine Entschädigung. Ihre Forderung: Die Holzfäller sollen sich von ihrem Land zurückziehen.

### MITMACHEN !

**Auf der Website von Pro REGENWALD gibt es laufend aktuelle Infos zu den Blockaden und auch einen Musterbrief zum Versand.**

# Waldschutz ist ein Kampf für alles Existierende

## ■ Ein Brief der 72-jährigen Aktivistin Betty Krawczyk aus dem Gefängnis

Der Richter des Obersten Gerichtshofs British Columbias, Glen Parrett, hat mich vor kurzem zu einem Jahr Gefängnis ohne Bewährung verurteilt. Ein ganzes Jahr ist ein grosser Anteil der verbleibenden Jahre einer 72jährigen Frau, aber ich habe an dem Morgen, als ich auf die Forststraßen des Elaho Valley trat, um Holzlasten von Interfor aufzuhalten, diese Möglichkeit akzeptiert und mich entschlossen, die Verantwortung zu tragen.

Das war keine impulsive Entscheidung. In meinem Leben hat ziviler Ungehorsam mehr als einmal herausfordernd das Haupt erhoben. Eine frühe Erfahrung als Mitglied einer Protestorganisation machte mir die Notwendigkeit von sporadischem gewaltfreiem Protest in der Gesellschaft bewußt.

Als die Menschenrechtsbewegung in meinem Heimatstaat Louisiana aufkam, bekam ich aus nächster Nähe mit, wie ziviler Ungehorsam die Dinge zum Besseren wenden kann. Und diese Einsicht wurde vom Protest gegen den Vietnam-Krieg gefördert.

Und während der Vietnam-Krieg mich und meine Familie schließlich nach Kanada trieb, hörten die Proteste nicht auf, bis die mächtigste Regierung der ganzen Welt dem Willen ihres eigenen Volkes nachgeben und die Soldaten heimbringen mußte.

Ich wurde 1928 geboren. Wäre ich in Kanada geboren worden, hätte ich nicht als rechtsfähige Person gegolten. Erst 1929 verwarf das British Privy Council die Regelung des Kanadischen Obersten Gerichtshofes, das Frauen nicht als Personen betrachtete, und erklärte uneinstimmig, daß Frauen sehr wohl als juristische Personen anzusehen wären.

War das British Privy Council weniger sexistisch? Das glaube ich nicht. Sie sahen sich einfach nur zivilem Ungehorsam in Form von tausenden von anmaßenden britischen, amerikanischen und kanadischen Frauen gegenüber, die sich nicht vor dem Gefängnis fürchteten.

Das Gesetz ändert sich, so wie wir uns ändern, so wie wir als ein Volk mehr Gleichberechtigung fordern.

Ich denke, im heutigen Kanada weigern sich zu viele Richter, die Evolution des Gesetzes anzuerkennen. Sie ziehen es vor zu glauben, daß das Gesetz an einem Stück „zu ihnen gekommen“ ist, wie die Unbefleckte Empfängnis, in einem reinen Zustand geboren, ohne mildernde Umstände, von den Göttern gegeben, unveränderlich und unabänderbar.

Tatsächlich kommt das Gesetz aber zu uns wie alle menschlichen Geburten, mit Mühen, Schmerzen und Blut, nicht von den Göttern dort oben, sondern von gewöhnlichen Leuten, die das Gesetz formen, es fördern und schließlich schaffen, normalerweise in etwas gerechtere Rahmenbedingungen. So funktioniert Demokratie. Das ist Demokratie.

Die offensichtliche Unnachgiebigkeit des Rechtssystems gegenüber gewaltlosen Demonstranten ist, zumindest in meinen Augen, eine gewollte Ignoranz der Geschichte des Gesetzes, so betraut ein Richter sonst mit bestimmten Ausnahmeregelungen auch sein

mag. Richter haben die Macht, allumfassende gerichtliche Verfügungen zu erlassen, die jeden, überall, der in irgendeiner Weise zur Behinderung von Holzfällerarbeiten in unseren öffentlichen Wäldern beiträgt, der Mißachtung des Gesetzes schuldig machen.

Aber ich bin besonders beunruhigt, wenn Bürger wie ich vor denselben Richter gestellt werden, der diese allumfassende Ordnung aufgestellt hat. Ich befürchte, daß Richter dann in den Prozess miteinbezogen werden, statt unparteiisch zu bleiben, und sich gezwungen fühlen könnten, ihre eigenen Regelungen zu verteidigen.

Das wäre unfair, ungerecht und eine Schande für ein angeblich demokratisches Land.

Viele Leute denken, daß ich mit 72 zu alt bin, um eine Gefängnisstrafe, wie ich sie eben bekommen habe, zu riskieren. Aber ich sage ihnen, daß es nicht immer so war. Wir haben uns als eine Spezies entwickelt, die in Gemeinschaften lebte, wo die Alten automatisch die Vorsitzenden der Gesellschaft und die Verwalter des Landes waren - nicht nur die Oberhäupter, sondern alle Alten.

Diese evolutionäre Harmonie zwischen Jung und Alt wurde durch den Technologiekult, den überzeugenden Jugendfetischismus, der Altern als Krankheit ansieht, und durch ein wirtschaftliches Produktionssystem, das alles in eine Ware verwandelt, die gekauft und verkauft werden kann, zerstört.

Alte werden von unserer neuen Kultur ermutigt, mit sich selbst nachsichtig zu sein, Golf zu spielen, oder an Kreuzfahrten teilzunehmen, wenn man es sich leisten kann; falls nicht, können sie sich die Zeit an Spielautomaten oder beim Bingospielen vertreiben. Wir werden nicht dazu ermutigt, unsere Begabungen und Erfahrungen in einer sinnvollen Weise zu nutzen, und mit Sicherheit nicht dazu, in die fiebrige Zerstörung unserer lebenserhaltenden Systeme einzugreifen.

Leute fragen - aber was ist mit den Jobs der Waldarbeiter? Und ich frage - aber warum sollten wir Jobs schätzen, die unseren gemeinschaftlichen Besitz zerstören? Wir brauchen eine Revolution in unseren Wäldern. Holzschlaglizenzen werden nur an die größten Gesellschaften vergeben, die den größten Schaden anrichten. Das ist ein Skandal. Es war schon immer ein Skandal.

Unser allererster Forstminister hat tatsächlich die Schlagrechte in unseren Wäldern in den 50-er Jahren an die größten Firmen verkauft. Bob Sommers verbrachte dafür zwei Jahre im Gefängnis, aber die gestohlenen Güter, unser Besitz, bleiben weiterhin in den Händen der Empfänger des gestohlenen Eigentums. Aber wir als die rechtmäßigen Besitzer der Wälder von British Columbia, können unser Eigentum zurückfordern. Wir können mit Interfor anfangen. Jeder der altgewachsenen Bäume, die Interfor aus dem Elaho Valley raubt, ist \$ 100.000 oder mehr wert.

Es ist öffentlicher Wald und es sollten öffentliche Gelder sein, richtig? Ein beträchtliches Sümmchen, nicht wahr?

Oh, aber nein, Interfor bekommt nicht nur alles

davon - mal abgesehen von einem jämmerlichen 'Trinkgeld', das sie widerwillig an 'stumpage fee' (=Steuer) zahlen müssen. Steuerzahler müssen dann auch noch für die Beseitigung der Schweinerei, die Interfor in den Wäldern hinterlässt, bezahlen.

Und um das Ganze auf den Gipfel zu treiben, müssen die Bürger auch noch für die langwierigen Massenklagen, die Interfor gegen die Protestierer anstrengt, bezahlen, da diese Verfahren dann vom Staat geführt werden, um dann schließlich in übermässig langen Haftstrafen zu enden, für die dann wieder der Steuerzahler aufkommen muß. Was für ein Deal für Interfor! Die müssen ja den ganzen Weg zur Bank vor Lachen brüllen.

Wir können unsere eigenen Wälder selbst verwalten. Es gibt viele Modelle zur Auswahl: wir kennen Beispiele von anderen Ländern, die die Wälder respektieren, die die Natur mit Respekt behandeln statt mit Verachtung.

Ich bin in den Sümpfen von Süd-Louisiana aufgewachsen; einem Regenwald, der so üppig an verschiedenartigen Lebensformen war, daß man buchstäblich vom Land leben konnte. Da waren Wachteln und Wildgänse, Katzenfische, Langusten, Shrimps und Krabben, wilder Salat und wilder Reis!

Nur um der Landschaft zu schmeicheln, hatten wir Pelikane und Flamingos. Um uns daran zu erinnern, daß unser Paradies auf Erden nicht nur zu unserem Vergnügen erschaffen wurde, gab es auch Alligatoren, Wildkatzen und Wasserschlagen. Aber das war vor der Trockenlegung der Sümpfe, vor der Abholzung der Zypressenhaine, vor dem Fällen der mächtigen Eichen.

Heute sind die Regenwälder meiner Jugend verschwunden, zusammen mit einem Großteil der Tierarten, außer den Wasserschlagen. Zweidrittel der Feuchtgebiete Louisianas sind verschwunden und seit drei Jahren herrscht dort Dürre. Ohne die klimaausgleichenden Feuchtgebiete ist es so heiß geworden, daß viele Einheimische ihre ursprüngliche Angst vor der Hölle verloren haben, weil sie sich sozusagen schon daran gewöhnt haben.

Die Ökosysteme auf diesem Kontinent sind extrem empfindlich. Genauso wie auch die Demokratie. Wenn wir wirklich diese beiden unglaublichen Geschenke, die das Leben lebenswert machen, erhalten wollen, müssen wir immer wieder darum kämpfen.

Wenn wir das nicht tun, sind die Alternativen, die bleiben, völlig wirtschaftsorientierte Regeln und eine zerstörte, durch Abholzung verursachte Wüste von einem Kontinent, die wir dann unseren Enkeln überlassen.

Ich will nicht im Gefängnis sitzen. Ich will daheim bei meiner Familie sein. Trotzdem finde ich, daß die Probleme, um die es hier geht, so wichtig sind, daß sie ungeachtet der Konsequenzen ausgesprochen werden müssen. Wir sind eine demokratische Nation.

Ich glaube an Kanada und daran, daß schließlich alle Macht dem Volk innewohnt.

Betty Krawczyk, Häftling Nummer 03793924, ist in der offenen Anstalt des Burnaby Correctional Center for Women untergebracht.

## ... und häufig auch ein Kampf auf Leben und Tod

■ in Mexiko wird mit Umweltschützern nicht lange gefackelt

Rodolfo Montiel wußte nicht, ob er sich freuen sollte, als er im April den Umweltpreis der Goldman Stiftung erhalten sollte. Der 44-jährige Landarbeiter aus Mexiko sitzt im Gefängnis, weil er sich gemeinsam mit anderen seiner Landsleute gegen die Abholzung der Wälder seiner Heimat engagiert hat. „Die einzige Belohnung, die ich bisher von der mexikanischen Regierung erhalten habe, ist eine Gefängnisstrafe, so daß ich nicht weiß, was ich von dem Preis halten soll, den mir die Fremden verleihen wollen. Sind Sie sicher, daß an der Sache kein Haken ist?“, fragte Montiel, als er von der Ehrung erfuhr.

Unter dem Freihandelsabkommen NAFTA war kommunalen Waldbesitzern in Mexiko 1994 erlaubt worden, Holz-Einschlagsrechte zu verkaufen. Viele Lokalpolitiker nutzten die Gelegenheit und füllten sich die Taschen. Montiel sah, wie die Firmen im Bundesstaat Guerrero die Wälder kahlschlügen. Das einst feuchte Bergland wurde trockener, immer mehr Quellen versiegten und Flüsse führten kein Wasser mehr.

Montiel schrieb an den Umweltminister, den Gouverneur und an ein Dutzend andere Behörden, in denen er die ständigen Gesetzesverstöße beklagte. Eine Reaktion von den Verantwortlichen blieb aus - nicht zuletzt, weil Geld auch in ihre Taschen floß. Mittlerweile hatten Montiel, seine Nachbarn und Freunde die Organisation 'The Ecologist Campesinos of the Sierras of Petatlán and Coyuca de Catalán' (oder kurz: 'Ecologistas') gegründet, um die Zerstörung ihrer Wälder aufzuhalten. Sie stellten öffentlich unangenehme Fragen über die Geschäfte der Verantwortlichen und stoppten Holztransporter mit Straßenblockaden. Mit zunehmenden Aktivitäten beschuldigten die Behörden Montiel, einer 'Guerrilla-Organisation' anzugehören.

Der erste große Gegner der Ecologistas war ein getarnter Ableger der Holzfirma Boise Cascade aus Idaho, USA. Die Firma hatte sich 1995 die Rechte an den großen Kiefernwäldern im Bergland von Petatlán, nördlich von Acapulco, über Mittelsmänner erschlichen. Im Frühjahr 1998 blockierten die Farmer die Holzabfuhrstraßen, kurz darauf verließ die Firma das Land.

Montiels Mitstreiter aber zogen den Zorn reicher Grundbesitzer und Militärs auf sich. Soldaten drangen in sein Haus ein, Todesdrohungen folgten. Er floh mit seiner Familie zu seinem Mitstreiter, Teodoro Cabrera. Am 2. Mai 1999 brachen Soldaten in dessen Haus ein, nahmen die beiden fest und erschossen einen anderen Farmer.

Die Gefangenen wurden fünf Tage lang mit Elektroschocks und Schlägen gequält. Die Soldaten drückten ihnen Gewehre und Marihuana in die Hand, machten Fotos und folterten die beiden

so lange, bis sie ein Geständnis unterzeichneten.

Eine von Montiels Anwältinnen wurde entführt und geschlagen. Mehrere Mitglieder seiner Umweltorganisation wurden von Pistoleros ermordet. Die Militärs verwickelten sich bei der Untersuchung in Widersprüche. Trotzdem verurteilte das Gericht Rodolfo Montiel im August 2000 zu sechs Jahren und acht Monaten Gefängnisstrafe. Teodoro Cabrera erhielt eine Strafe von 10 Jahren.

Beide befinden sich zur Zeit im Gefängnis von Iguala, zwei Stunden südlich von Mexico Stadt, wo sie auch jetzt noch unter unzumutbaren Zuständen und Peinigungen leiden müssen. Zahlreiche Menschenrechts- und Umweltorganisationen in aller Welt, darunter **Pro REGENWALD**, fordern die unverzügliche Freilassung der Gefangenen. Sie appellieren an den neugewählten Präsidenten Mexikos, Vicente Fox, seine Wahlversprechen zur Achtung der Menschenrechte und zum Schutz der Umwelt einzuhalten, und dem Unrecht sofort nach seinem Amtsantritt am 1. Dezember 2000 ein Ende zu bereiten.



Rodolfo Montiel

Der nebenstehende Brief wurde von der 72jährigen **Betty Krawczyk** geschrieben, einer kanadischen Waldschützerin, die für den Schutz (friedliche Straßen-

blockade) der Wälder British Columbias zu einem Jahr Haft verurteilt wurde. Betty spricht sich besonders stark für zivilen Ungehorsam aus, wenn es darum geht 'in die fieberhafte Zerstörung unserer lebenserhaltenden Systeme einzugreifen'. Die Aktivistin meint, wir bräuchten eine Revolution in unseren Wäldern.

Wir dokumentieren ihre Aktion aus zwei Gründen: erstens um zu zeigen, daß der Kampf gegen Waldzerstörung nicht nur in der 'Dritten' Welt stattfindet und nur ein Problem armer Länder wäre. Zweitens sind wir der Meinung, daß derartige Engagement zum Ziel hat, Öffentlichkeit zu bekommen und Druck auf die Verantwortlichen auszuüben.

**Wir bitten deshalb möglichst viele LeserInnen, Briefe an den Premierminister zu schreiben** und ihm mitzuteilen, was Sie davon halten, daß 1000 Jahre alte Bäume im Elah Valley, und somit Lebensräume von Grizzlys und Fleckenkauzen von Interfor abgeholzt werden.

### Adresse:

Premierminister von British Columbia  
Mr Ujjal Dosanjh  
Legislative Building  
Victoria BC V8V 1X4  
Kanada

Fax: 001-250-387-0087

<http://www.gov.bc.ca/prem/feed>

Mehr Infos und die Adresse für Betty Krawczyk gibt es auf der Website von **Pro REGENWALD**

Mexico verliert jährlich 1,2% seiner Waldfläche, etwa 400.000 Hektar. Allein das Bergland von Petatlán und Umgebung beklagt in den letzten Jahren den Verlust von 40% seiner Wälder. Die Entwaldung führt nicht nur zu großen Trockenschäden, sondern bedroht in einer Region großer klimatischer Extreme zugleich Felder und Siedlungen durch die Gefahr von Überschwemmungen und Erdbeben.

Wer Rodolfo Montiel und Teodoro Cabrera unterstützen will, sollte ihnen einen Brief schreiben und sich beim Präsidenten Mexikos für ihre Freilassung einsetzen. Hintergründe, Adressen, Musterbriefe und weitere Informationen finden Sie auf unserer WebSite

# Brasilien: das gleiche Unrecht wie vor 500 Jahren?

■ Ein Rückblick aus Sicht der Indianer auf die 'Fest'-Tage im April 2000

**Vor 500 Jahren benutzten portugiesische Konquistadoren in glänzenden Rüstungen ihre modernen Waffen gegen die mit Pfeil und Bogen bewaffneten indigenen Völker. Jetzt benutzen Polizisten in leuchtender Kampfausrüstung ihre modernen Waffen gegen unbewaffnete Zivilisten, die - erstmals Indigene, Schwarze und Weiße gemeinsam - gegen die offizielle Feier der Ankunft der Portugiesen im Jahre 1500 protestierten.**

Gegen Ende März diesen Jahres verließen Indigene in ganz Brasilien ihre Dörfer und reisten in Richtung Porto Seguro, den Ort, an dem Brasilien angeblich 'ent-



deckt' wurde. Dabei gingen sie in die entgegengesetzte Richtung als jene, die im Jahr 1500 von den europäischen Kolonisatoren einge-

schlagen wurde. In erwartungsvoller Stimmung trafen sich die meisten von ihnen am Monte Pascoal, einem Nationalpark, der letztes Jahr von den Pataxó-Indianern wieder in Besitz genommen worden war. Der Kampf um diesen Park wurde ein starkes Symbol für den Kampf aller indigenen Völker in Brasilien, einem Land, in dem bis heute immer noch mehr als die Hälfte der Indianer-Gebiete nicht demarkiert ist. Mehr als 1500 Indigene versammelten sich mit den 22 Pataxó-Familien und feierten das Treffen mit Ritualen, Gesängen und Ansprachen, mit denen sie ihre uneingeschränkte Unterstützung für den Kampf der Pataxó bekräftigten.

Am 7. April machten sie sich alle auf den Weg zum Dorf Coroa Vermelha, das sich auf dem Territorium der Pataxó befindet, etwa 200 Kilometer von Monte Pascoal entfernt und nahe dem Ort der 'Entdeckung': Porto Seguro. Die mehr als 30 Busse wurden gleich an der ersten der vielen Polizeiblockaden angehalten. Diese waren von der Regierung errichtet worden, um die 'öffentliche Sicherheit' zu gewährleisten - ausgerüstet mit mehr als 5000 Militärpolizisten. Den Bussen wurde die Weiterfahrt erst nach direktem Eingreifen des Generalstaats-

anwaltes erlaubt. Als sie schließlich in Coroa Vermelha ankamen und am folgenden Tag die Indigenen-Konferenz 2000 eröffneten, waren 2500 Vertreter von 186 verschiedenen indigenen Völkern aus dem ganzen Land anwesend. Es war somit das größte Treffen der Ureinwohner Brasiliens, das in der gesamten Geschichte des Landes je stattgefunden hat.

Mit der viertägigen Konferenz gelang es den Indigenen im Vorfeld der (inter-)nationalen Berichterstattung zu den 500-Jahrfeiern, ihre Stärke sowie ihre Verärgerung über die offiziellen Feiern zu zeigen. Während die Regierung sehr teure und exklusive Feierlichkeiten organisierte, welche die wirkliche Geschichte des Landes ignorierten, gelang es den Indigenen - mit minimalem Aufwand - ihre Geschichte, ihren kulturellen Reichtum, ihr Wissen und ihre Visionen für die kommenden 500 Jahre publik zu machen. Diese umfassten die Respektierung ihrer Rechte, in erster Linie die Demarkierung ihrer Gebiete, sowie angepasste und angemessene Gesundheitsversorgung und Ausbildungsmöglichkeiten. Sie zeigten wahre Stärke und Geschlossenheit, während die Regierung versuchte, eine falsche Einheit aller Brasilianer zu demonstrieren und eine Größe, die der Anwesenheit tausender Militärpolizisten bedurfte.

Dann kam der 22. April, der Tag der 'Entdeckung' durch Pedro Alvares Cabral im Jahre 1500. Es sollte ein großer Tag für den Präsidenten von Brasilien werden, an dem er zusammen mit seinem portugiesischen Kollegen der Welt zeigen konnte, daß Brasilien eine großartige Nation mit einem glücklichen Volk ist: ein Tag des Sieges! Es wurde ein Tag der Niederlage, ein Tag der widerspiegelte, wie die brasilianische Regierung ihr Volk behandelt, insbesondere die Ureinwohner: die indigene Bevölkerung. Die Regierung versuchte die 2500 indigenen Repräsentanten davon zu überzeugen, ihre Protestveranstaltung am 22. April nicht durchzuführen, sondern 20 unter ihnen auszuwählen um dem Präsidenten ein

Dokument zu überreichen. Die Antwort der Indigenen war, daß sie mit ihm zwar sprechen wollten, aber zu einem anderen Zeitpunkt. Der 22. April sei nicht der Tag um ein Photo mit dem Präsidenten zu machen, sondern ein Tag der Erinnerung an den Völkermord an mehr als 5 Millionen Indigenen während der 500-jährigen Geschichte Brasiliens.

Diese Antwort erzeugte große Spannungen. Die Regierung entschied sich für umfassende Repressionen. Sie gewährte den Menschen von überallher aus Brasilien keinen Zugang nach Porto Seguro. Außerdem verhinderte sie die Zusammenkunft der unterschiedlichen Demonstrationsgruppen sowie jede Art von Protest. Die Polizei attackierte eine Kundgebung von mehr als 2000 Indigenen mit Tränengas und Gummigeschossen. So wurde der 22. April zu einem Tag der völligen Niederlage für die Regierung. Das Bild Gildo Terena's, der die randalierende Polizei auffordert, ihre Gewalt zu stoppen, ging um die Welt. Es stellte eine Regierung bloß, die immer bedacht war nach außen das Bild eines Landes ohne Probleme und Konflikte zu vermitteln.

Die indigene Bevölkerung - traurig und entrüstet, aber stolz über ihren Widerstand und ihre Einheit - realisierte, daß nun ein neues Stadium in ihrem Kampf begonnen hat, und daß sich scheinbar nicht viel verändert hat in diesen 500 Jahren. Die Regierung ließ ihnen dieselbe Behandlung zuteil werden wie einst die Kolonisatoren im Jahre 1500, als einer der größten Völkermorde in der Geschichte begann. Sie werden all ihre Stärke und Einheit brauchen um in diese neue Phase der brasilianischen Geschichte einzutreten. Und es ist von Monte Pascoal aus, dem Ort an dem die Kolonisation begann und der von den Pataxó wieder eingenommen wurde, daß die indigene Bevölkerung verspricht, Brasilien 'zurückzunehmen'. Sie will sich unter voller Respektierung ihrer Rechte am Aufbau eines Landes ohne Ausschluß, wahrhaftig pluriethnisch und multikulturell beteiligen.

Text CIMI; Übersetzung Pro REGENWALD



Gildo Terena

## Bewegung 'Die anderen 500 Jahre'

■ ... doch sie werden unseren Widerstand nicht brechen

Als Gegeninitiative zu den offiziellen Feierlichkeiten haben sich indigene Organisationen, Vertreter afrobrasilianischer Gruppierungen, die Landlosenbewegung MST (Movimento dos Sem-Terra) sowie Gewerkschaften und andere Interessenverbände und Basisgruppen (Menschenrechts- und Umweltverbände, Vereinigungen von Studierenden, die Arbeiterpartei PT, etc.) zur Kampagne 'Die anderen 500 Jahre' zusammengeschlossen.

Sie wollen auf soziale Mißstände aufmerksam machen und ihre Rechte auf Land und kulturelle Selbstbestimmung einfordern. Zudem verlangen sie eine wahre Darstellung der Geschichte unter Berücksichtigung der Vertreibung, Ermordung und Diskriminierung großer Teile der Bevölkerung sowie die Würdigung der zahlreichen Widerstandsbewegungen. Sie warnen vor der Vortäuschung einer 'vermeintlich geeinten und harmonischen Nation in der vergangen- und aktuelle Konflikte nicht zur Sprache kommen'. Sie schreiben, 'die Brutalität des kolonialen Unternehmens ist verantwortlich für den indigenen Genozid, der ganze Völker auslöschte, für die Barbarei der Versklavung, die afrikanische Gemeinschaften und Familien trennte'. Ihre Protestaktionen und Demonstrationen - als Gegendarstellung zur offiziellen Wahrnehmung anlässlich der 500-Jahr-Feier - wurden durch Militärgewalt aufgelöst.

Das Kolonialsystem basierte auf der Sklaverei. Von den zwei bis fünf Millionen Menschen (die Zahlenangaben gehen weit auseinander), die bei der Ankunft der Portugiesen das Gebiet des späteren Brasilien bevölkerten, überlebte nur ein kleiner Teil die Kämpfe gegen die Eroberung, die extrem harten Lebensbedingungen während der Sklaverei und die von den Kolonisatoren eingeschleppten Krankheiten. Folge ist, daß im heutigen Brasilien nur noch 300.000 bis 350.000 Indianer leben.

Nach der Vernichtung der Ureinwohner folgten die Jahrhunderte der Versklavung von mehreren Millionen Afrikanern. Die lange Periode der Sklaverei hat ihre Muster und Spuren in der brasilianischen Gesellschaft bis heute hinterlassen. Hierarchien und Abhängig-

keitsstrukturen finden auch heute noch eine Kontinuität in Form von Rassismus und Diskriminierung.

Zentral insbesondere für die indigene Bevölkerung ist der Kampf für die offizielle Anerkennung ihrer Landrechte und gegen die Zerstörung ihrer natürlichen Umwelt u.a. durch Bergbau- und Ölfirmen, sowie die Gefährdung ihres Lebensraumes durch Großprojekte. So sind bei den Regulierungen der Flüsse Araguaia, Tocantins und Das Mortes 35 Indianergebiete mit 10.000 Menschen, sowie 10 Naturreservate betroffen. Ziel dieser Maßnahmen ist, diese Wasserstraßen ganzjährig befahrbar zu machen und Exportsoja rentabler transportieren zu können. Die Bevölkerung ist in Gefahr vertrieben und ihrer Lebensgrundlage, dem Fischfang, beraubt zu werden - für

den weniger Großgrundbesitzer. Mehr als 50 Prozent der Landflächen sind im Besitz von nur 1,4 Prozent der Bevölkerung.

Die indianische Bevölkerung sowie vertriebene, verarmte Landarbeiter und Kleinbauern kämpfen mit kontinuierlichen Protestaktionen und Landbesetzungen für die Anerkennung ihrer Rechte. Dieser Kampf fordert viele Opfer. Häufig kommt es zu Morddrohungen und Mordanschlägen gegen Vertreter indigener Organisationen und der Landlosenbewegung. Auch bei Auseinandersetzungen mit den Militärs sind häufig Tote zu beklagen.

Die Probleme des heutigen Brasilien - wie die ausstehende Eintragung aller Landtitel für indigene Territorien, die extreme Verschuldung des brasilianischen Staates, der ungleiche Zugang zu



Futtersoja zur Geflügel- und Schweine- oder Rindermast in Europa.

Obwohl die Verfassung Brasiliens indigenen Völkern das Recht auf ihre Lebensräume garantiert und die Demarkierungen längst abgeschlossen sein sollten, sind bis heute weniger als die Hälfte aller Indianergebiete gesetzlich anerkannt. Die Regierung verzögert immer wieder laufende Verfahren zur Abgrenzung und Anerkennung von Indianergebieten, meist aus Rücksichtnahme auf Bergbauunternehmen, Agrarkonzerne und Lokalpolitiker. Die Regierenden behelfen sich mit unverbindlichen Absichtserklärungen und Prestigeprogrammen. Tatsächlich konzentriert sich der größte Landanteil in den Hän-

Ressourcen innerhalb der brasilianischen Gesellschaft, die Macht des internationalen Großkapitals in Zusammenhang mit politischer Inkorrektheit - sind historisch bedingt. Sie sind aber auch direkt verbunden mit dem aktuellen wirtschaftspolitischen Weltgeschehen.

Angesichts der wirtschaftlichen und politischen Vernetzung, die zunehmend globale wechselseitige Abhängigkeiten schafft, liegt die Zukunft der Ureinwohner Brasiliens auch in unseren Händen. Die Unterstützung des Landrechtskampfes und die Erhaltung von Lebensräumen bieten genauso wie die Schaffung ökonomischer Alternativen viele Möglichkeiten der ideellen und finanziellen Unterstützung.

# Stoppt den Bau der Stromleitung nach Boa Vista !

■ Venezolanische Indianer und Umweltschützer mobilisieren Widerstand

*„Wenn ich die Wahl hätte zwischen Wasser und Gold, oder zwischen Tropischen Regenwäldern und Gold, bliebe das Gold für immer in der Erde vergraben.“* Ein radikales Statement - nicht von einem Umweltschützer, nein, der Satz stammt von Hugo Chavez Frías, wenige Tage vor seiner Wahl zum Präsidenten Venezuelas. Er versprach damals, das umstrittene Dekret 1850 zu widerrufen, mit dem der Bergbau im Waldreservat Imataca ohne die Zustimmung der indigenen Bevölkerung genehmigt worden war.

Chavez erntete tosenden Beifall für seine Rede. Da internationale Geber ihre Finanzhilfen zunehmend von der Achtung der Umwelt und indigener Völker abhängig machen würden, sei es - so der Präsidentschaftskandidat - an der Zeit, das in dieser Beziehung rückständige Venezuela zu modernisieren.

Inzwischen ist alles wieder anders. Offensichtlich hat Chavez auch den Vertretern der mächtigen Industrie- und Bergbaukonzerne einiges versprochen und steht jetzt schwer unter Druck: Nach dem Willen der mächtigen Corporación Venezolana de Guayana (CVG) sollen die Bodenschätze im Südosten Venezuelas ausgebeutet werden. Die CVG ist im Besitz des Staates und vereinigt 37 Konzerne aus der Eisen- und Stahlindustrie, Stromversorgern, Bergbau, Holzfirmen, Agrarkonzerne und Baufirmen.



Die Trasse schiebt sich weit sichtbar durch den Wald

Um das Projekt voranzutreiben, baut die Gesellschaft seit zwei Jahren an einer Stromleitung vom Guri-Staudamm, dem größten Wasserkraftwerk Venezuelas, nach Brasilien. Die Trasse führt mitten durch die Reserva Forestal Imataca und den Nationalpark Canaima. Letzterer ist durch seine Tafelberge (Tepuis) und den höchsten Wasserfall der Erde weltbekannt und als UNESCO Weltkulturerbe

eigentlich streng geschützt.

Schon im Herbst 1998 protestierten indigene Völker der Region und Umweltorganisationen gegen den Bau der Stromleitung. Unterstützt durch zahlreiche Menschen und Organisationen aus aller Welt, haben die Indianer die Fertigstellung der Leitung bis heute verhindern können. Auch **Pro REGENWALD** und viele unserer UnterstützerInnen haben dazu beigetragen.

Das war keineswegs einfach. Denn der Bau der Stromleitung wurde mit aller Macht vorangetrieben. Mehrmals wurde versucht, Indianer zu bestechen und die unterschiedlichen Gruppierungen gegeneinander auszuspielen. Zwischenzeitlich behauptete die CVG sogar, man habe sich mit den Indianern geeinigt, und die Bauarbeiten könnten mit Zustimmung der Indianer fortgesetzt werden. Oft dauert es Wochen und Monate, bis die Indianervertreter Meldungen dieser Art, die auch von der internationalen Presse aufgegriffen werden, wieder berichten können. Sie machen immer wieder deutlich, daß sie unter keinen Umständen gewillt sind, die Zerstörung ihrer Heimat zuzulassen. Und weil zeitweise keiner mehr auf sie hören wollte, haben sie schon mehrere der verhaßten Strommasten umgesägt.

Realisten geben zu bedenken, der Fortschritt ließe sich sowieso nicht aufhalten, und eine Stromleitung bedeute schließlich keine massive Umweltbelastung. Zudem soll die Leitung erneuerbare Energie aus Wasserkraft transportieren, ein angesichts der drohenden Klimakatastrophe eher wünschenswertes Vorhaben.

Doch die über 100 Meter breite Trasse wird die Schutzgebiete und Lebensräume indigener Völker auf einer Länge von 658 Kilometern durchschneiden. Durch die Versorgungsstraßen wird das Gebiet erschlossen. Der Strom ist nicht nur für Brasilien bestimmt, er soll auch im Südosten Venezuelas die Industrialisierung fördern, wie z.B. die Las Cristinas Goldmine des kanadischen Konzerns Placer Dome. Dies wird, so fürchten die Indianer und Umweltschützer, zur großflächigen Zerstörung der Umwelt führen. Holzfäller, Goldsucher,

Verseuchung der Landschaft und Flüsse mit Cyanid und Quecksilber, Brandrodungen und ausufernde Waldbrände würden das Weltkulturerbe des Nationalparks Canaima mit seinen Tafelbergen in wenigen Jahren schädigen. Dazu kämen die Folgen der Erosion, die den Guri-Staudamm rasch auffüllen würden und die Elektrizitätsversorgung Venezuelas bedrohen. Wirtschaftliche Schäden in Milliardenhöhe sind zu befürchten. Und wofür das alles? Damit sich die Menschen mit Goldkettchen behängen können, Holz und Bergbaukonzerne sich die Taschen füllen, und die Agroindustrie im Norden Brasiliens weite Landstriche in öde Monokulturen zur Rohstoffproduktion verwandeln wird?

Nicht zuletzt geht es um die Zukunft der indigenen Völker, der Pemón, K a r i ñ á , Arawako und Akawai o , die in der Region ihre Heimat haben. Sie fordern den Stopp der Baumaßnahmen und befürworten stattdessen eine schonende wirtschaftliche Entwicklung. Der geringe örtliche Strombedarf ließe sich auch mit kleinen regionalen Wasserkraftwerken decken, naturschonender Tourismus könnte dauerhaft für Einnahmen sorgen, ohne die Zukunft der Region zu gefährden.



Doch an solchen Kleinprojekten haben Großkonzerne und Investorengruppen wenig Interesse, schließlich lassen sich mit Großprojekten höhere Zinserträge und Dividenden erzielen, solange man die verursachten Schäden und Kosten auf die Allgemeinheit abwälzen kann.

Die Betroffenen bitten daher weiterhin um Unterstützung, um das Projekt doch noch zu stoppen.

Die Betroffenen bitten daher weiterhin um Unterstützung, um das Projekt doch noch zu stoppen.

Auf der Website von **Pro REGENWALD** finden sich dazu Hintergrundinformationen, Musterbriefe und Adressen.



# WWF verschafft Holzkonzernen eine Schonzeit

■ Jahrelang eine Studie mit Kritik an Holzindustrie nicht veröffentlicht

**Der WWF und die Europäische Kommission (EC) haben die Veröffentlichung einer Studie über die Praktiken asiatischer Holzkonzerne im Regenwald drei Jahre lang verzögert. Es dauerte bis zum Sommer 2000, bis die Studie endlich veröffentlicht wurde. Die Autoren kommen darin zu einem erschreckendem Urteil. Demnach zählen die Holzkonzerne zu den Hauptverantwortlichen für die Zerstörung der letzten großen Tropenwälder. Ihr Beitrag zu einer nachhaltigen Entwicklung der betroffenen Länder hingegen ist minimal.**

Ende Mai hat die englische Zeitung THE GUARDIAN einen Mißstand öffentlich gemacht, über den sich Eingeweihte seit Monaten geärgert hatten. Der WWF und die EC ließen wertvolle Zeit im Kampf um die Rettung der Regenwälder verstreichen, weil sie unliebsame Ergebnisse einer Studie nicht veröffentlichen wollten. Der WWF hatte die Untersuchung mit finanzieller Unterstützung der EC erarbeitet und muß über die Ergebnisse selbst überrascht gewesen sein - vielleicht auch, weil sich damit die verbandseigene Strategie im Umgang mit den Holzkonzernen in Frage stellte.

In den Sommermonaten mußte sich der WWF harsche Kritik von anderen Umweltorganisationen gefallen lassen. Nach Bekanntwerden des Vorfalles bemühte sich der WWF um Schadensbegrenzung. Demnach seien die „Verzögerungen“ eingetreten, weil man aufgrund der Asienkrise wichtige Details nachrecherchieren wollte. Zudem habe man gerichtliche Klagen der in der Originalstudie genannten Holzkonzerne befürchtet, denen illegale Geschäftspraktiken, Begünstigungen durch Korruption und Zerstörung von Wäldern vorgeworfen werden.

Pro REGENWALD hat beide Versionen der Studie miteinander verglichen. Viele der Fakten in der Originalstudie sind nicht neu, sondern den Waldexperten seit Jahren schon bekannt. In keinem einzigen Fall wurden einzelne Firmen der Korruption beschuldigt. Trotzdem wurde die Studie wurde beinahe ganz umgeschrieben. Gestrichen wurden sämtliche Namen der Holzfirmen und alle Informationen über die Größe und

Standorte ihrer Konzessionsgebiete. Dabei blieb es aber nicht: Sämtliche Informationen über die tatsächlichen Zerstörungsursachen und Probleme in den betroffenen Ländern wurden bis auf wenige Reste gekürzt und durch Allgemeinplätze über die Bedeutung einer verantwortungsvollen Waldpolitik ersetzt.

Vergleicht man die Kapitel über malaysische Investitionen in transnationale Holzeinschlagsunternehmen, informiert die Originalstudie auf 5 Seiten mit detaillierten Zahlen und Daten über Holzeinschlag und Handel. 18 malaysische Holzfirmen werden vorgestellt, geschäftliche Verbindungen zu anderen Unternehmen finden sich ebenso wie Angaben zu Ort, Größen und Preisen einiger ihrer Einschlagskonzessionen. In der „überarbeiteten“ Studie verlieren die Autoren den Mut, die Fakten festzuhalten: dem Thema werden nur noch ein-einhalb Seiten gewidmet. Übriggeblieben sind einige Daten über den Holzhandel und es werden die Länder benannt, in denen malaysische Holzfirmen tätig sind. Der Großteil der aufwendig recherchierten Information wurde in der überarbeiteten Version radikal gestrichen.

Zu Kamerun findet man beispielsweise in der Originalstudie auf dreieinhalb Seiten Informationen über die wichtigsten Holzfirmen, die Größe (und zum Teil Nummern) ihrer Einschlagsgebiete und die Mengen eingeschlagener Hölzer. Die „überarbeitete“ Version benötigt für die allgemeineren Daten - ohne Nennung einer einzigen Firma - nur knapp die Hälfte. Im Falle des Landes Gabun beträgt das Verhältnis am Informationsgehalt 4:1, für Papua Neuguinea sogar 7:1!

Das Positive an der überarbeiteten Studie ist, daß die Autoren darin trotzdem zu fast denselben Schlußfolgerungen kommen wie in der Originalversion. Diese Forderungen werden von Umwelt- und Menschenrechtsorganisationen seit mehr als zehn Jahren erhoben.

Die Studie hätte als offizielles Dokument, sozusagen im Auftrag der EU, die Fakten nochmals als Arbeitsgrundlage dokumentiert. Und hätte man die Studie nicht überarbeitet und dabei wertvolle Zeit verspielt, wäre dies ein wich-

tiger Beitrag zur Umsetzung dieser Forderungen gewesen.

Welche Überlegungen aber den WWF und die Europäische Kommission dazu bewogen haben, den Tropenwaldzerstörern noch mehr Zeit für ihre verantwortungslosen Machenschaften zu gönnen, ist auch auf Nachfrage bei den Verantwortlichen nicht in Erfahrung zu bringen.

## Illegaler Holzhandel: Bundesregierung schaut nur zu

Die Bundesregierung sieht tatenlos zu, wie illegaler Holzeinschlag und Handel zur globalen Waldzerstörung beiträgt. Dabei zählt sie zu den Ländern, die im Rahmen der G8-Initiative versprochen haben, gegen den Handel mit illegalem Holz vorzugehen.

Mit dem fadenscheinigen Argument, daß Importbeschränkungen gegen die Welthandelsbestimmungen verstoßen würden, begründete vor kurzem ein Vertreter des BMZ diese Position. Ganz anders verhält sich da der britische Umweltminister Michael Meacher. Er trat vor kurzem vor das Parlament und sagte: 'Der illegale Einschlag schädigt die Umwelt und die Gesellschaft. Er verringert die Staatseinnahmen, zerstört die Lebensgrundlage der Ärmsten und trägt sogar zur Verschärfung bewaffneter Konflikte bei.' Nun soll in England dem Handel und Import solcher Hölzer ein Riegel vorgeschoben werden.

Illegales Holz ist in Deutschland noch käuflich. Daß die Bundesregierung nichts dagegen tut, ist ein weiterer Beleg dafür, was der Bundesregierung am Regenwaldschutz wirklich liegt: nichts! Statt gegen die Hehlerei vorzugehen, behaupten viele Politiker und Holzhändler auch jetzt noch, daß durch den Kauf tropischer Hölzer die Armut in der Dritten Welt bekämpft würde. Zumindest für illegale Hölzer ist dies bewiesenermaßen falsch. Wir fordern deshalb die Bundesregierung auf, unverzüglich gegen den Import illegaler Hölzer vorzugehen und beispielsweise deren Verwendung bei öffentlichen Bauten und allen öffentlich geförderten Maßnahmen zu verbieten.



# Klimaschutzverhandlungen: Viel heiße Luft ...

■ An konkreten Maßnahmen zur Verringerung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes kaum Interesse

'Einige Vorschläge der Industrieländer machen aus den Klimaschutzverhandlungen eine Farce. So wollen sich diese das Recht, weiterhin die Atmosphäre verschmutzen zu dürfen, durch Anpflanzungen von Bäumen im Süden erkaufen', kommentiert Hector Huertas, ein indigener Repräsentant aus Panama den Stand der politischen Diskussion. Und genau darum geht es auf der im November in Den Haag stattfindenden 6. Vertragsstaatenkonferenz (COP 6): Wie soll der Clean Development Mechanism (CDM) - so wird das Verschieben von klimaschützenden Investitionen in Billigländer genannt - als Instrument zugelassen und damit den Industrieländern eine Möglichkeit des Ablasshandels anstelle von konkreten Einsparmaßnahmen eröffnet werden? Angesichts der zu erwartenden Auswirkungen auf Mensch und Umwelt warnen wir davor.

Die Grundidee ist ganz einfach und auf den ersten Blick auch sinnvoll: Bäume binden beim Wachsen das Treibhausgas Kohlendioxid (CO<sub>2</sub>) und entnehmen dies der Atmosphäre. Damit müsste sich der Treibhauseffekt verhindern lassen. Neupflanzungen - also Plantagen, am besten aus schnellwachsenden Baumarten - nehmen jährlich ansehnliche Mengen Kohlendioxid auf und binden den Kohlenstoff in ihren Stämmen, Wurzeln und Zweigen. Vor allem in den Tropen wachsen Bäume schnell, und es gibt dort genug billige Kahlflächen, Viehweiden und Sekundärwälder, die für solche Projekte genutzt werden könnten.

Doch es geht noch weiter: einige Wissenschaftler haben ausgerechnet, daß es noch mehr Sinn machen würde, Urwälder und alte Naturwälder zu roden, aus dem geernteten Holz langlebige Produkte herzustellen, und die Kahlflächen wieder aufzuforsten, um einen noch effizienteren Beitrag zum Schutz des Weltklimas zu leisten. Da sich Urwälder in einem Zustand des Gleichgewichtes befinden - alte Bäume sterben ab, neue wachsen nach - nehmen sie kaum zusätzliches CO<sub>2</sub> aus der Atmosphäre auf. Sie wirken wie gefüllte Kohlenstoffspeicher und sind als aktive Klimaschützer aus Sicht der CDM-Vertreter vollkommen wertlos.

Werden alte Bäume gefällt und zu Möbeln und Parkett verarbeitet, sieht die Bilanz anders aus. Jedes Frühstücksbrettchen wird so zum Kohlenstoffspeicher. Und die Lücken im Wald werden durch junge Bäume geschlossen, die zusätzlichen Kohlenstoff speichern. Ewiger Zuwachs also nicht nur in der Wirtschaft, sondern auch im Wald.

Es blieb nicht bei der Idee: Auf der anstehenden Vertragsstaatenkonferenz in

Den Haag wollen Regierungen und Lobbyisten durchsetzen, daß sich Industrieländer u.a. durch die Finanzierung von Plantagenprojekten im Ausland von Reduktionsverpflichtungen des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes im eigenen Land freikaufen dürfen.

Da Land und Leute in den Tropen billig sind, könne dort nach der Argumentation der Klimaretter mit der gleichen Menge Geld viel mehr für das Klima getan werden, als mit aufwendigen Energie-sparmaßnahmen im teuren Norden. So soll schon eine Plantage von der Größe eines Fußballfeldes jährlich die Menge Kohlendioxid aufsaugen, die dem Auspuff eines deutschen Mittelklassewagens entweicht. Das kommt den Fahrern deutlich billiger als der Kauf eines Dreiliter-Autos. Nicht zu vergessen, so die Befürworter, sei das gute Gefühl bei den AutofahrerInnen, auch etwas für den Klimaschutz und den Wald getan zu haben.

Der Betreiber eines Kohlekraftwerkes muß - da er wesentlich größere Mengen emittiert - etwas mehr auf den Tisch legen. Er ist aber bestrebt, seinen Profit zu optimieren, und nachdem sich CO<sub>2</sub> im Billigland billiger entsorgen läßt als mit der heimischen und teuren Umrüstung auf kohlenstoffärmere Stromherstellung, wird wahrscheinlich irgendwo im Ausland gepflanzt. Eine typische 'win-win'-Situation also, von der alle Beteiligten profitieren: Wirtschaft und Verbraucher ebenso, wie der Wald und das Klima?

Mitnichten. Denn die Sache hat bei genauerer Betrachtung doch mehrere Haken. So speichern Urwälder und alte Naturwälder in ihren Stämmen, Unterholz, Wurzeln und Boden mehr Kohlenstoff als eine Plantage aus schnellwachsenden Baumarten. Rodet man den

Urwald, wird der allergrößte Teil des Kohlenstoffspeichers aufgelöst, denn die Biomasse verrottet und nur ein kleiner Teil des Nutzholzes wird in langlebigen Holzprodukten dauerhaft gespeichert. Und selbst dabei ist der Effekt geringer als oft behauptet wird: Wer sich einen neuen Schrank kauft, entsorgt zuvor in aller Regel seinen alten, um Platz zu schaffen. Ganz gleich, ob das Altholz verbrannt wird oder auf der Deponie verrottet, der Kohlenstoff gelangt wieder ins Freie.

Nach der Waldrodung wird auch die organische Substanz im Boden abgebaut.

## Kyoto-Wälder

In Den Haag sollen im November die Regeln zur Umsetzung des Kyoto-Protokolls verhandelt werden. Dabei wird mehr über zukünftige Kohlenstoffspeicher - sogenannte Sinks - diskutiert werden als über die Wurzel des Übels: die nötige Reduktion der Emissionen.

Das Kyotoprotokoll sieht als ein Instrument zur Verhinderung der Klimakatastrophe sogenannte 'Flexible Mechanism' vor, die - falls es so verhandelt wird - beispielsweise das hier beschriebene Modell der CO<sub>2</sub>-Bindung durch Baumpflanzprojekte im Ausland umfassen würden.

Die Umstände und Folgen dieser Diskussion sind komplex und bedürfen genauer Analyse. So ist bekannt geworden, daß eine Reihe der politisch aktiven Befürworter dieser Option massive privatwirtschaftliche Interessen an großangelegten Baumpflanzprojekten haben - u.a. als Consultants für Regierungen und Firmen.

Mindestens so bedenklich ist ein erstes konkretes Resultat der ganzen Diskussion: **die Reduktion der Wälder zu Kohlenstoffspeichern**. Daß Wälder und andere Lebensräume nun primär als CO<sub>2</sub>-Speicher gesehen werden oder durch die Anlage von Kohlenstoff-Äckern bedroht werden, ist derselben Ideologie zu verdanken, die zu riesigen Kahlschlägen und Zerstörungen geführt hat: **Die Bewirtschaftung von Naturressourcen zu einem einzigen Zweck**. Anders als die traditionellen Bewirtschaftungsformen indigener Völker und anderer Nutzergruppen wird mit den bekannten industriellen Nutzungskonzepten der Wald oder der Boden meist nur für ein einziges Produkt verplant: Holz, Edelmetalle, Palmöl, Sojabohnen oder eben Kohlenstoff. Alle anderen Funktionen von Wäldern werden diesem einen Ziel geopfert, meist mit schlimmen Folgen für das Ökosystem und die Bevölkerung.

## ... und die Angst, dass es bald zu spät ist

Wurzeln verrotten, das Bodenleben stirbt zum größten Teil ab. Daran ändert auch das anschließende Pflanzen von Plantagenbäumen wenig. In Eukalyptus- und Teakplantagen findet sich kaum Unterholz, der Boden bleibt kahl und er lagert auch selbst weniger organische Stoffe ein.

Die meisten der Plantagenhölzer eignen sich zudem nur zur Produktion kurzlebiger Waren. Papier, Pappe, Sperrholz und Spanplatten. Vor allem Papier und Pappe, die zu den mengenmäßig wichtigsten Holzprodukten zählen, haben eine extrem kurze Lebensdauer. Allein die Hälfte des Rohstoffes wird bei der Papierproduktion schon in der Zellstofffabrik zur Energiegewinnung verbraucht.

Das Pflanzen von Bäumen ist nicht zwangsläufig gut für die Umwelt und die Menschen. Von den meisten der bisher angelegten CO<sub>2</sub>-Plantagen sind schon jetzt nach nur wenigen Jahren enorme soziale und ökologische Begleiterscheinungen bekannt geworden.



Hier wird ein Kohlenstoff-Acker bestellt: Bäume pflanzen um CO<sub>2</sub> zu binden

Um den gigantischen Kohlendioxidausstoß der Industrieländer zu kompensieren, müßten viele Millionen Hektar große Plantagen angelegt werden. Ein Wettlauf um die Landfläche entsteht: Neben Bergbau, der Anlage von riesigen Sojafeldern oder Ölpalmen- und Kautschukplantagen, sowie Holzplantagen für die Sperrholz- und Papiergewinnung, sollen jetzt auch noch sogenannte Kohlenstoffäcker gepflanzt werden.

Schon bevor derartige Projekte unter dem CDM offiziell im großen Maßstab durchgeführt werden können, gibt es heftigsten Widerstand vor Ort. Gut dokumentiert ist ein Konflikt in Uganda, wo die norwegische Firma „Tree Farms“ damit begonnen hat, zwischen 80.000

und 100.000 Hektar große Kiefern- und Eukalyptusplantagen anzulegen, um norwegische Kohlendioxid-Emissionen auszugleichen. Durch das Projekt wurden 8.000 Menschen aus dreizehn Dörfern vertrieben, einige von ihnen dürfen noch für einige Jahre Landwirtschaft betreiben, wenn sie Pacht zahlen. Für die kommenden 50 Jahre darf Uganda dieses Land nicht nutzen, weder, um seine Bevölkerung zu ernähren, noch, um eigene Kohlenstoff-Speicherpotentiale zu nutzen. Wenn die vertriebenen Menschen nun anderswo Wald roden, um nicht zu verhungern, verpufft die reale Wirkung des Projekts - und wird von Lobbyisten trotzdem als Erfolg verbucht werden.

Falls Baumpflanzprojekte unter dem CDM anrechenbar wären, hätte dies auch negative Auswirkungen auf die Biodiversität. Schon heute werden diese Plantagen gerne in Regionen mit Busch- oder Grasland angelegt, die typisch für große Gebiete in Südamerika oder Afrika sind. Vor gut zwei Jahren

wurde auf der Vertragsstaatenkonferenz der Biodiversitätskonvention (einem ähnlichen UN-Prozess zum Schutz der Artenvielfalt wie die Klimakonvention zum Schutz des Klimas) darauf hin-

gewiesen, daß die unkontrollierte Ausdehnung von Monokulturplantagen zur CO<sub>2</sub>-Bindung Konflikte mit den Artenschutzzielen mit sich bringen könnte.

Neuere Veröffentlichungen deuten darauf hin, daß artenreiche Busch- oder Graslandökosysteme ohnehin höhere CO<sub>2</sub>-Speicherkapazitäten haben, da sie wesentlich mehr organischen Substanzen in den Böden aufbauen und langfristig stabiler sind, als dies bei kurzlebigen Plantagen der Fall ist.

Kein Wunder, daß es zahlreiche Organisationen gibt, die verhindern wollen, daß diese Strategie von den Regierungen dieser Welt auf der Klimakonferenz, die im November in Den Haag stattfindet, als Lösungsweg akzeptiert wird.

### Klimaschutz mit aller Konsequenz

Eine Reihe von vorbildlichen Klimaschutzprojekten haben einige Indianervölker im Amazonasgebiet verwirklicht. Statt angemessener Achtung und einer großzügigen Honorierung ihrer Leistungen für die Menschheit jedoch, müssen sie mit Repressionen, Gewalt und Mißachtung rechnen. Dabei haben sie das Klimaproblem buchstäblich an seiner Quelle in den Griff bekommen.

So haben die U'wa in Kolumbien in einer jahrelangen Auseinandersetzung bislang die Erdölgewinnung im sogenannten Samore Block verhindert, in dem Reserven von 1,5 Milliarden Barrel vermutet werden (der Kohlendioxidausstoß durch dessen Verbrennung entspräche etwa den deutschen Jahresemissionen!). Und im ecuadorianischen Amazonasgebiet schlossen die Cofan-Indianer die Durano-Quelle mit geschätzten Vorräten von 1,26 Milliarden Barrel (1 Barrel = 159 Liter). Klimaschutz kann also auch darin bestehen, Indianervölker in ihrem Kampf für Landrecht und um eine eigenständige Entwicklung zu unterstützen.

Raymond de Chavez, ein Vertreter der philippinischen Indigenen, kommentiert den Vorgang: *'Der Vorschlag stinkt. Er vermittelt den Eindruck, daß etwas getan wird, obwohl unterm Strich das Problem noch verschlimmert wird'*. Er befürchtet auch, daß damit noch 'Profit gemacht werden könnte, wenn ganze Inselstaaten unter Wasser verschwinden oder Völker ihr Land verlieren würden'.

Nachdem in vielen Fällen Indigene Völker von solchen Projekten betroffen sein werden, haben sich deren Vertreter zu einem 'Forum of Indigenous Peoples and Local Communities on Climate Change' organisiert und eine Erklärung von Lyon verabschiedet. Deren Wortlaut ist auf der Pro **REGENWALD**-WebSite in Englisch dokumentiert.

Derzeit sind Pflanzprojekte unter CDM mehr eine Gefahr für Wälder als daß sie eine Chance für den Waldschutz bieten.

### Vertiefung zum Thema:

**Klima, Bäume und das Geld -**  
Klimaveränderung schafft neue Wälder,  
Dokumentation Nr. 2, 8 Seiten

kann gegen Einsendung von DM 3,- in  
Briefmarken angefordert oder als pdf-  
File von der WebSite geladen werden

# Umweltverbände hoffen: Aus Forst werde Wald

## ■ Warum das Ministerium vor Bäumen den Wald nicht sehen mag

**Anfang Oktober veröffentlichte das Landwirtschaftsministerium ein 'Nationales Forstprogramm Deutschland'. Das Programm entspricht nicht den im Rio-Vertrag definierten Verpflichtungen der Bundesregierung und bietet kaum Ansätze zur ökologischen Verbesserung der deutschen Waldpolitik. Mehrere in der AG Wald vertretene Organisationen, darunter Pro REGENWALD, Greenpeace und der BUND verweigerten deshalb ihre Zustimmung zu diesem Papier und fordern nun die Regierung dazu auf, den Prozeß neu zu starten.**

Grundlage für die Erarbeitung Nationaler Waldprogramme (NWP) sind die Handlungsempfehlungen, die 1997 vom Zwischenstaatlichen Waldausschuß der Vereinten Nationen (IPF) verabschiedet wurden. NWP sollen darlegen, wie Staaten mit ihren Wäldern umgehen wollen,



Fichtenforst in Deutschland, den Forstleute gerne als Wald bezeichnen. In anderen Ländern wär's eine Plantage

so daß heutige und zukünftige Generationen Nutzen aus den Wäldern ziehen können. U.a. sollen darin die Art der Bewirtschaftung und der nachhaltigen Entwicklung von Wäldern sowie die Schutzkonzepte dokumentiert sein.

Um die Vorgaben des IPF zu erfüllen, hätte man alle betroffenen und am Thema interessierten Gruppierungen an einen Tisch bringen und zur aktiven Mitarbeit anregen müssen - insbesondere die verschiedenen Ressorts der Regierung wie z.B. Wirtschaft/Handel, Umwelt und Entwicklung. Außerdem hätten auch die Auswirkungen unseres Handelns auf Wälder in anderen Ländern erörtert werden müssen - wie z.B. der Papierverbrauch.

In Deutschland war das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (BMELF) bei der Erarbeitung des Programmes federführend.

Forschungseinrichtungen, Forstministerien der Länder, Verbände der Waldbesitzer, Forst- und Holzwirtschaft und Umweltorganisationen wurden eingeladen, am Prozeß teilzunehmen. Auch Pro REGENWALD beteiligte sich an dem Prozess. In der Funktion als Koordinationsstelle der AG Wald - einem Zusammenschluß von Verbänden zur Beobachtung der Umsetzung der Rio-Beschlüsse - verfolgten wir die Diskussion, informierten andere Organisationen über Fortschritte und Probleme und übernahmen die Erarbeitung gemeinsamer Stellungnahmen.

Das Ministerium stellte die Weichen von Anfang an in Richtung Forst- und Holzwirtschaft. Obwohl im Originaltext der IPF-Empfehlungen unter dem Kapitel 'National Forest Programmes' der Begriff Forstwirtschaft kein einziges Mal, und der Begriff Holz nur unter 'Nicht-Holz-Produkte' erwähnt wird, übersetzten Ministeriumsmitarbeiter den Begriff standesgemäß mit 'Nationales Forstprogramm' (die richtige Übersetzung lautet 'Waldprogramm'). So war es auch nicht verwunderlich, daß der Inhalt des Programms fast ausschließlich forst- und holzwirtschaftlichen Interessen untergeordnet war.

Die Erarbeitung einer Geschäftsordnung wurde abgelehnt, mit der Folge, daß bis zum Abschluß niemand genau wußte, worum es ging. Verfügbare Fachliteratur und Gutachten zu strittigen oder schwierigen Fragen wurden nicht genutzt. Das Ministerium gab Gutachten in Auftrag, ohne daß die Teilnehmer, unter ihnen die Umweltverbände, auf Zielsetzung und Themenwahl Einfluß hatten. Wiederholte Aufforderungen von Umweltverbänden und anderer Akteure, wenigstens den Namen und insbesondere den Charakter des Prozesses zu korrigieren (Waldprogramm statt Forstprogramm) wurden ignoriert. Selbst die Einladung an die Umweltverbände, eigene Diskussionsbeiträge beizusteuern, geriet zur Farce. Mehrere detaillierte und konstruktive Fachbeiträge wurden nicht berücksichtigt.

Enttäuschend war auch der Widerstand gegen die Einrichtung von Waldschutzgebieten und gegen Verbesserungen zum Schutz der biologischen Viel-

falt. Statt eines von vielen Wissenschaftlern und Umweltverbänden empfohlenen Flächenanteiles von 5-15% sind in Deutschland weniger als 1% des Waldes als Totalschutzgebiete ausgewiesen. Dies ist ein - auch im internationalen Vergleich - beschämend geringer Wert.

### IPF, IFF, UNFF

Der Zwischenstaatliche Waldausschuß (Intergovernmental Panel on Forests, IPF) wurde im Jahre 1995 gegründet, um die Beschlüsse der Rio-Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung im Bezug auf die Waldbewirtschaftung besser umsetzen zu können. 1997 legte der IPF ein von der internationalen Gemeinschaft verhandeltes Aktionspaket vor. Die *IPF-Handlungsempfehlungen* beinhalten neben der Erarbeitung nationaler Waldprogramme auch Vorschläge zur Bekämpfung der Ursachen von Waldzerstörung, die Beachtung traditioneller Waldnutzungskonzepte, Maßnahmen gegen Luftverschmutzung und Wüstenbildung. Als Nachfolger des IPF wurde 1997 das Zwischenstaatliche Waldforum (Intergovernmental Forum on Forests, IFF) eingerichtet, dessen Arbeit seit diesem Jahr vom Waldforum der Vereinten Nationen (United Nations Forum on Forests, UNFF) fortgesetzt werden soll. Das Landwirtschaftsministerium vertritt auf den UN-Sitzungen zu Wald die Interessen und Positionen der Bundesregierung.

Dass die konventionelle Forstwirtschaft selbst erheblich zur Bedrohung der Artenvielfalt beiträgt, wird in dem Papier ganz verschwiegen.

Das BMELF war mit der Aufgabe, einen offenen und partnerschaftlichen Diskussionsprozeß im Geiste von Rio zu gestalten, völlig überfordert. Auf der Abschlusssitzung wurde das Programm schließlich zum Papiertiger erklärt. In der Einführung des NFP-Deutschland heißt es dazu: „Ein Nationales Forstprogramm ist kein operationales, fachpolitisches Programm im engeren Sinne. Vielmehr wird hierunter ein fortdauernder Dialogprozeß verstanden, der eine Basis für einen gesellschaftlichen Konsens zur nachhaltigen Waldbewirtschaftung bereiten kann.“ Diese Definition entspricht keineswegs den Vorgaben des IPF, denn Nationale Waldprogramme sollen keine unverbindlichen Gesprächsrunden sein.

# Mitmachen: 2 x Aktion für mehr Solidarität!

■ Pro REGENWALD fordert mehr Mittel für die 'Dritte' Welt

An zwei Fronten setzt sich Pro REGENWALD aktuell für die Verbesserung der Finanzierung von 'Dritte' Welt-Arbeit und gegen den Abwärtstrend der Ausgaben für Entwicklungspolitik ein. Mit einer eigenen WebSite fordern wir mittlerweile gemeinsam mit vielen anderen Verbänden, einen angemessenen Anteil des UMTS-Überschusses in eine Stiftung @-bridge zugunsten von 'Dritte' Welt-Projekten einzubringen. Zeitgleich unterstützen wir die Aktion *Umkehr jetzt!*, die von kirchlichen Hilfswerken initiiert eine Erhöhung der Ausgaben für Entwicklungspolitik fordert.

'Die Koalition wird den Abwärtstrend des Entwicklungshaushalts umkehren', steht geschrieben in der Koalitionsvereinbarung der neuen Bundesregierung. Die Bilanz der letzten zwei Jahre sieht anders aus: Seit dem Oktober 1998 ist der Anteil des Entwicklungshaushaltes am Bundeshaushalt von 1,68% auf 1,46% gesunken. Bei einer anderen Maßzahl - dem Anteil der öffentlichen Entwicklungshilfe in Prozent vom Bruttosozialprodukt dümpelt Deutschland mit 0,26 % im unteren Drittel der Geber-

worden, daß wir uns Solidarität mit anderen Menschen und Völkern nicht mehr leisten können?

Die Antwort ist zweimal ein klares NEIN! Die Wirtschaft boomt, die Arbeitslosenzahlen sinken, die Steuereinnahmen steigen. Die zunehmende Globalisierung erfaßt immer entlegene Regionen und Gesellschaften, die meisten von ihnen sind Jahr für Jahr einem stärkeren Konkurrenzdruck ausgesetzt. Die von unserem Wachstumsrausch ausgelösten Probleme verschärfen sich. Doch die rot-grüne Bundesregierung verbindet mit dem Begriff Globalisierung offenbar nur noch schnurloses Telefonieren und grenzenloses Einkaufen.

Um den Trend umzukehren, haben Organisationen aus dem kirchlichen Umfeld, sowie zahlreiche Umwelt-, Menschenrechts- und Entwicklungsorganisationen einige Initiativen gestartet. So rief Brot für die Welt gemeinsam mit Misereor, dem Evangelischen Entwicklungsdienst und der Gemeinsamen Konferenz für Kirche und Entwicklung zu einer Postkartenaktion auf, die sich an die Fraktionen der Regierungskoalition richtete. Gefordert wird, den Haushalt des Entwicklungsministeriums BMZ im Jahr 2001 um 5% aufzustocken.

Kurz davor hat Pro REGENWALD angeregt, wie die Bundesregierung den Schaden begrenzen und zudem international ein Zeichen setzen könnte. Unserer Ansicht nach soll ein Teil der Erlöse aus der Versteigerung der UMTS-Lizenzen in eine Stiftung zur Unterstützung von Dritte-Welt-Projekten einfließen. Mitgetragen wird unsere Initiative von zahlreichen Menschen und Organisationen aus dem In- und Ausland - allein die Bundesregierung stellt sich taub, obwohl viele Abgeordnete die Initiative unterstützenswert finden.

Das Problem liegt tiefer, und es ist ernster. Die Bundesregierung - allen voran der Kanzler - scheint ihre sozialdemokratische Herkunft vergessen zu haben. Statt ausgleichende Solidarität, insbesondere auch im globalen Umfeld, zu üben, gefällt sich der Kanzler besser in Gesellschaft mächtiger Wirtschaftsbosse. So wie Schröder den kleinen Koalitionspartner noch kleiner macht

und sich darum bemüht, daß dieser kein Profil zeigen darf, so farblos bleibt er selbst.

Das ist gefährlich in einer Zeit steigender Fremdenfeindlichkeit und gleichzeitiger Ignoranz oder wachsendem Desinteresse der Bevölkerung an globalen Zusammenhängen und drohenden Umweltkatastrophen. Dieser Trend kommt nicht aus dem Nichts, er ist zum Teil hausgemacht und verschuldet durch ideen- und initiativenarme Politik.

Bisher bleibt die Regierung im globalen Entwicklungszusammenhang beides schuldig: Profil genauso wie die angemessene und ausreichende finanzielle Unterstützung für dringende Entwicklungsarbeit.

Die unerwartet hohen Einnahmen aus der Versteigerung der UMTS-Lizenzen würden den nötigen Spielraum bieten, um ein Zeichen zu setzen für eine Problematik, die uns allen so fern scheint, aber doch so nah ist. Investitionen in die Erhaltung der globalen Überlebensfähigkeit und - als Voraussetzung dafür - die Förderung einer gerechten und nachhaltigen Entwicklung in den armen Ländern sind mittelfristig wichtig. Leider scheinen weder die Kabinettsmitglieder des kleinen Partners die Kraft, noch der Kanzler und sein Finanzminister die nötigen Visionen zu haben, als daß ihnen dringend nötige Initiativen selbst einfallen. Stattdessen beschränken 'wir' uns in Berlin - ohne jeden politischen Gestaltungswillen - auf das (natürlich auch wichtige) Stopfen des Haushaltloches.

**Wir fordern Solidarität und 'Über-den-eigenen-Tellerrand-hinaussehen' auch und gerade in wirtschaftlich angeblich schwierigen Zeiten. Bitte unterstützen Sie diese Aktionen - helfen Sie mit, Solidarität und Weitsicht zu fördern.**

Home Gästebuch/Kommentar Neu/Info Mail

@-bridge  
UMTS-Überschuss für die Dritte Welt

Wir fordern, 6 Prozent des Überschusses aus der Versteigerung der UMTS-Lizenzen zugunsten der Unterstützung von 'Dritte' Welt-Projekten bereitzustellen und in eine Bundesstiftung '@-bridge' einzubringen.

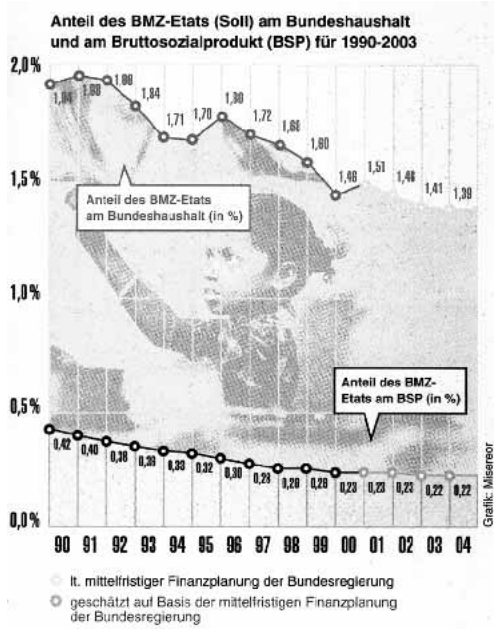
Überschuss sinnvoll verwenden:  
**Schreiben Sie eine Mail an die Bundesregierung!**  
oder vielleicht einen Brief/ein Fax

- ▶ Worum geht es?
- ▶ Informieren Sie auch Ihre Freunde!
- ▶ Tragen Sie sich als UnterstützerIn ein!
- ▶ Machen Sie Werbung mit Bannern!

Liste mit UnterstützerInnen ▼

Diese Aktion wird mitgetragen von:

UMTS-ActionSite zum Mitmachen:  
<http://www.wald.org/umts>



staaten. 0,7 Prozent sind auf UN-Ebene akzeptiert bzw. vorgesehen und werden von einigen Ländern auch eingebracht. Worauf ist dieser Negativtrend zurückzuführen? Sind etwa die Probleme in den armen Ländern geringer geworden? Sind wir Deutschen selbst so arm ge-

# DIE PHANTASTISCHE VIELFALT IM REGENWALD

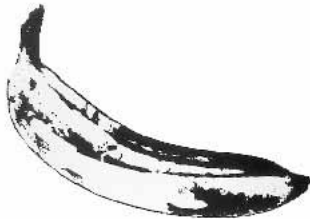


Der Regenwald hat ganz schön viel zu bieten. Sicher hast du schon von der unglaublichen Vielfalt an Tieren gehört, die es in Regenwäldern gibt. Tukane, Papageien, Affen, Schlangen, Ameisenbär und Faultiere sind nur einige davon. Und natürlich eine ungeheure Anzahl Insekten. Aber wir müssen gar nicht so weit gehen, um Dinge aus dem Regenwald zu finden. Wußtest du aber auch, daß die Vanille eine tropische Orchidee ist? Oder daß Paranüsse nur in Amazonien wachsen? Und daß die Paprikaschote ursprünglich aus den Regenwäldern Lateinamerikas stammt?



Dieses Gewürz macht Eis, Pudding und Joghurt nicht gelb - wie viele meinen - sondern verziert sie mit vielen, kleinen, schwarzen Pünktchen.

3   12



Nach dieser Frucht ist eine Farbe benannt.

6    11

Welche dieser drei Gemüsesorten stammt ursprünglich aus dem Regenwald?

(Buchstabe 7 des Lösungswortes)

A = Gurke, H = Tomate, P = Zwiebel

Anna steht im Regen und wird pitsch patsch naß, dreimal darfst du raten, welche Frucht ist das?

8

Welches Gewürz wird aus der Rinde eines tropischen Baumes gewonnen?

(Buchstabe 10 des Lösungswortes)

D = Zimt, J = Anis, Z = Pfeffer



Manche dieser Produkte werden in Plantagen angebaut, wie z.B. Bananen oder Ananas. Dafür werden oft große Regenwaldgebiete gerodet, und die ArbeiterInnen leiden unter dem Einsatz von Agrargiften. Es geht aber auch anders: Im Bioladen oder Dritte Welt Laden werden Produkte angeboten, die meist ohne Gifte produziert werden, und für die die Menschen auch einen anständigen Preis erhalten.

Frag doch mal nach, wo es in deiner Nähe solche Geschäfte gibt!

Das Lösungswort lautet:

1  2  3  4  5  6  7  8  9  10  11  12

Schicke die richtige Lösung bis zum 31.1.2001 an folgende Adresse:

Pro **REGENWALD**, Frohschammer Str. 14, 80807 München - Fax: 089-359 6622

Mit ein bißchen Glück kannst Du einen **Einkaufsgutschein im Wert von 50,- für einen Dritte-Welt- oder Bio-Laden** in Deiner Nähe oder ein Regenwaldbuch gewinnen. Der Rechtsweg ist wie immer ausgeschlossen.

wieder Gewinn-Chancen!

## Jetzt Fördermitglied werden oder werben

Wer bis zum 31.12.2000 selbst Fördermitglied **wird** oder eines **wirbt**, nimmt an der Verlosung zweier Bücher 'Die Botschaft der Baumfrau', von Julia Butterfly Hill teil. Die Gewinnexemplare sind von der Autorin signiert

### Julia Butterfly Hill Die Botschaft der Baumfrau



- eine Rarität für zukünftige AktivistInnen oder **Pro REGENWALD**-UnterstützerInnen.

Hauptgewinner der Aktion sollen dabei natürlich vor allen Dingen die Wälder und unsere Projektpartner sein - denn die neuen Beiträge werden zur Stärkung

der Arbeit unserer Partner und der von **Pro REGENWALD** eingesetzt.

11 Jahre erfolgreiche und anerkannte Arbeit sollten für viele SympathisantInnen Grund sein, jetzt auch einzusteigen und mitzumachen. Wer im Bekanntenkreis werben will, kann Infomaterial und Formulare bestellen - jeder Tag zählt aus Sicht der Wälder und der indigenen Völker.

### Impressum

DER News-Letter WIRD IN UNREGELMÄSSIGEN ABSTÄNDEN HERAUSGEGEBEN. FÖRDERMITGLIEDER UND FREUNDINNEN ERHALTEN EIN EXEMPLAR.

Mitarbeit an dieser Ausgabe: Hermann Edlmann, László Maráz, Yvonne Kraus, Hedwig Friedrich, Alexandra Jonko, Martina Mauer, u.a.

Kritik, Anregungen und Rückfragen bitte an:

**Pro REGENWALD**

Frohschammerstr.14, 80807 München  
Tel: 089-359 8650, Fax 089-359 6622  
e-mail: info.wald@gmx.de oder  
prmunic@amazonas.comlink.apc.org  
http://www.pro-regenwald.org

**Postbank München**

**Konto-Nr. 1490 70-800, BLZ 70010080**

**Bank für Sozialwirtschaft München**  
**Konto-Nr. 8819 500, BLZ 700 205 00**

Bitte unterstützen Sie unsere Arbeit durch eine Spende oder Fördermitgliedschaft

## Die Sache mit dem Klick

### ■ Internet spielt eine immer bedeutendere Rolle

An dieser Stelle soll auf die wachsende Bedeutung der Internet-Nutzung auch für unsere Arbeit hingewiesen werden. Das Internet erlaubt flexible und 'kostengünstige' aktuelle Berichterstattung. Es bietet zusätzlich hervorragende Möglichkeiten zur Einbindung der Aktivitäten unserer UnterstützerInnen. In den letzten Monaten konnten wir darüber viele Protest-Mails zugunsten unserer Partner in Sarawak, Brasilien und Venezuela organisieren. Soweit es unsere Kräfte zulassen, werden wir diesen Service weiter ausbauen. Eigene Aktionsplattformen, wie die UMTS-ActionSite

sind geplant (wie: [www.wald.org.umts](http://www.wald.org.umts)).

**Pro REGENWALD** sorgt auch dafür, daß die Informationen anderer Verbände online gehen. Dazu betreiben wir das Waldportal ([www.wald.org](http://www.wald.org)), übersetzen Texte und beraten Partnerorganisationen.

All diese Aktivitäten leben aber davon, daß möglichst viele Menschen reinklicken und sie nutzen. Darum bitten wir dringend ... und auch um entsprechende Mundpropaganda. Danke!



### ■ Neuigkeiten aus unserem Büro

**Wir suchen PraktikantInnen!** Die Arbeit wächst uns über den Kopf und viele interessante Ideen können nicht umgesetzt werden. Die BüroCrew ist klein und Ehrenamtliche können sich auch nur begrenzt engagieren. Im Rahmen eines mehrwöchigen Praktikums läßt sich einiges bewegen. Wir suchen bevorzugt StudentInnen (oder werdende) am besten mit Kenntnissen oder In-

teresse in html, Programmierung, Layout, Marketing. Ebenso gerne gesehen sind Leute, die sich in ein überschaubares entwicklungspolitisches Fachgebiet einarbeiten oder dazu recherchieren wollen. Die Arbeitsumgebung ist höchst interessant und eine Tätigkeit bei **Pro REGENWALD** ist für viele ein erster großer Schritt in eine entwicklungspolitische Zukunft.

Der Sommer brachte in diesem Jahr einen größeren Umbruch im Bürobetrieb mit sich, als in anderen Jahren. Beim alljährlichen Wechsel bei der Besetzung der beiden Stellen im Rahmen des Freiwilliges Ökologisches Jahres beendeten Edith Landenhammer und Katharina Thoms ihre einjährige Tätigkeit und widmen sich nun ihrem Studium und der Berufsausbildung. Ihre Nachfolgerinnen, **Alexandra Jonko** aus Herlheim (Unterfranken) und **Martina Mauer** aus Vilsbiburg (Niederbayern) dürfen sich seit Anfang September mit dem vielseitigen Themenangebot und organisatorischen Aufgaben auseinandersetzen und haben sich schon gut eingelebt.



Schon seit Juli sind **Hedwig Friedrich** (Geographin) und **Claudia Wagner** (Biologin) bei uns beschäftigt. Beide recherchieren derzeit zu Fachthemen (Soja, Ölpalmen), um Materialien für den Schulunterricht und unsere Website zu erarbeiten. Damit wollen wir unser Informationsangebot zu verschiedenen Ursachen von Waldzerstörung erweitern. Beide Stellen werden vom Arbeitsamt München im Rahmen von ABM-Maßnahmen finanziert.

Zwischenzeitlich machte Katrin Przybyl ein 6-wöchiges Praktikum. Katrin studiert in Lüneburg und hat uns bei der Erstellung der neuen Unterrichtseinheit 'Soja' tatkräftig unterstützt.

# Neues Projekt YAKINÕ: Schenken und helfen

■ Pro REGENWALD unterstützt Indianer auf dem Weg zur Unabhängigkeit

**In Amazonien herrscht noch das Gesetz des Dschungels, oder besser gesagt, der Geist des Frühkapitalismus. Denn wo immer die Indianer ihre Waldprodukte verkaufen wollen, um sich etwas Geld für dringend benötigte Waren zu verdienen, sind 'unfaire' Zwischenhändler da. Diese sorgen einerseits dafür, daß Waldprodukte wie Öle, Medizinpflanzen, Kunsthandwerk und Waldfrüchte den Weg zu den Kunden finden und andererseits die Indianergemeinschaften mit den nötigsten Industrieprodukten versorgt werden. Meist aber werden die Indianer bei den Geschäften über den Tisch gezogen.**

Denn die Zwischenhändler achten vor allen Dingen darauf, daß die Aufkaufpreise niedrig bleiben. Gerade eben so hoch, daß sich noch genügend Indianer finden, die sich die Mühe machen, tagelang zu sammeln, zu schnitzen und zu rösten. Aber so niedrig, daß es eben noch für die allernotwendigsten Einkäufe reicht, die zudem noch übersteuert angeboten werden. An Ersparnisse für Investitionen ist nicht zu denken. Etwa für ein Motorboot, mit dem die Indianer selbst zu den Kunden fahren könnten, um bessere Preise zu erzielen.

Damit es nicht bei dieser Abhängigkeit bleibt, hat die Koordinationsstelle der Indianerorganisationen im brasilianischen Amazonien (COIAB) das Projekt YAKINÕ - gestartet, das jetzt von Pro



Nicole Freris diskutiert mit Partnern die nächsten Schritte

REGENWALD ideell und finanziell unterstützt wird. YAKINÕ, das bedeutet in der Indianersprache 'Kollektive Arbeit', soll eine eigenständige 'Stiftung für Indigene Produkte und Kultur' werden. Das COIAB-Projekt bezieht zur Zeit in der Amazonasstadt Manaus ein Haus, welches Anlaufstelle und Zentrum sein

wird. Von dort soll der Beratungs- und Vermarktungsservice aufgebaut werden, der den indianischen Produzenten direkten Zugang zu Absatzmärkten bietet. Einige Workshops mit Produzenten und Koordinatoren haben schon stattgefunden - und es gibt die ersten Produkte zu kaufen.

Dr. Nicole Freris, die über sechs Jahren als Ärztin bei den Indianern gearbeitet hat, koordiniert das Projekt: 'In meiner Arbeit ist mir immer wieder deutlich geworden, daß Gesundheit nicht von der wirtschaftlichen Situation in den Dörfern getrennt werden kann. Sobald eine Gemeinschaft die Möglichkeit hat, zu fairen Preisen und mit einer gewissen Abnahmegarantie ihre Produkte zu verkaufen, geht es den Leuten gesundheitlich besser. Und dann passen sie auch viel engagierter und mit mehr Möglichkeiten auf ihren Wald auf.'

Pro REGENWALD unterstützt die indigenen Völker seit mehr als zehn Jahren beim Kampf um ihre traditionellen Landrechte. Doch das allein reicht nicht aus. Die Indianer können nur dann auch in Zukunft selbst über ihre Lebens- und Wirtschaftsweise entscheiden, wenn sie nicht ständig Eindringlingen wie Goldsuchern oder Holzfirmen oder eben den vorher genannten Zwischenhändlern ausgeliefert sind. Zusätzlich wichtig an der Projektidee ist, daß YAKINÕ versucht, eine alternative Nutzungsweise der Regenwälder auf eine wirtschaftliche Basis zu stellen. Bislang wird im Regenwald meist in zerstörerische Projekte, wie Holzeinschlag, Ölgewinnung oder Goldminen investiert.

Wir werden deshalb das neue Projekt der Indianer finanziell unterstützen und dafür Gelder bei öffentlichen Stellen und privaten Stiftungen beantragen. Dafür benötigen wir aber auch Ihre/Deine Hilfe, denn in der Regel werden solche Fördermittel nur bewilligt, wenn ein angemessener Eigenanteil beigesteuert wird. Bis zum Ende März 2001 wollen wir dafür 50.000 DM sammeln. Das Projekt soll in der Aufbauphase bis Ende 2002 unterstützt werden!

Nur mit Ihrer/Deiner Hilfe wird das möglich sein. **Also jetzt spenden oder Pate/Patin werden.** Spenden bitte mit dem Stichwort **YAKINÕ** versehen.

## Projekt-Paten und Spenden gesucht !

YAKINÕ, das neue Projekt der Indianer im Amazonasgebiet, sucht Paten in Deutschland. Für diese Patenschaften geeignet sind Schulklassen, Kirchengemeinden, Jugendgruppen, Firmen und auch Privatleute. Voraussetzung sind Interesse an der Problematik der Indianer und die Bereitschaft, durch Spenden, Kauf der Produkte oder Öffentlichkeitsarbeit über einen längeren Zeitraum zum Gelingen des Projektes beizutragen. Dauer dieser Unterstützung und Höhe des finanziellen Beitrags darf jede/r selbst bestimmen.

YAKINÕ - und Pro REGENWALD - bieten Information und Hilfestellung z.B. bei der Organisation von Infoständen oder Aktionswochen. Es ist geplant, eine kleine Ausstellung anzufertigen, die ausgeliehen werden kann.

**Interessenten sollten sich umgehend melden (Tel: 089 - 359 8650).**

## Das Weihnachtsgeschenk

Indianerketten aus dem YAKINÕ-Projekt  
je nach Ausführung 24,- bis 30,- DM



Die Ketten sind aus vier verschiedenen Samen von den Sateré Mawé Indianern gefertigt, die an den Amazonasnebenflüssen Andira und Marau östlich von Manaus leben. Es ist traditionell hergestellter Schmuck und den Indianern ist es wichtig, an ihrer Lebensweise interessierten Menschen ein Stückchen ihrer Kultur zu vermitteln. Mit dem Kauf wird das Projekt YAKINÕ unterstützt

Weitere Details auf dem Internet unter <http://www.wald.org/yakino> oder auf Anfrage.